Morgen-Ausgabe
Nr. 529 A 259 49. Jahrg.

Redaktion und Verlag:
Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: A 7 Amt Dönhoff 292 bis 297
Telegrammadresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

BERLINER VOLKSBLATT

MITTWOCH
9. November 1932

In Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts ..... 15 Pf.
Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise siehe am Schluß des redaktionellen Teils

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Roosevelt führt

Erste Teilresultate überall gegen Hoover

New York, 8. November.

Die von „Associated Preß" bis vier Uhr nachmittags (11 Uhr MEZ.) gesammelten Teilresultate ergaben wichtige demokratische Gewinne in zahlreichen Landesteilen, darunter Neu-England und in Teilen von Texas, Florida und Nordkarolina, in welch letzteren drei Staaten im Jahre 1928 eine republikanische Mehrheit vorhanden war.

Die ersten Resultate aus Kolorado ergeben für Hoover 2795, für Roosevelt 3241 Stimmen, für Kansas lauten die entsprechenden Ziffern 5988 und 6125, für Massachusetts 11 731 und 18 776, für Missouri 1530 und 1773. In Rhode Island erhielt Hoover 135, Roosevelt nur 74 Stimmen. In Texas dagegen dominiert wieder Roosevelt mit 16 586 Stimmen gegenüber Hoover mit 2326 Stimmen.

New York, 8. November.

Nach den bis fünf Uhr nachmittags (23 Uhr MEZ.) vorliegenden ersten Resultaten aus 13 der 48 Bundesstaaten führt Roosevelt in Alabama, Kolorado, Florida, Georgia Kansas, Massachusetts, Michigan, Missouri, New Hampshire, Nordkarolina und Oklahoma. Hoover nur in Nebraska und Rhode Island.

Erste Teilergebnisse

Aus acht Städten von Kansas, darunter Kansas-City und Topeka, liegen Teilergebnisse der Präsidentenwahlen vor. Danach erhielt Roosevelt 3350 und Hoover 3290 Stimmen. **In Denver (Kolorado) erhielt Roosevelt 3181 und Hoover 2754 Stimmen. Das Ergebnis von 37 Wahldistrikten von Massachusetts lautet: Roosevelt 13 146, Hoover 9305 Stimmen.**

Die ersten Meldungen weisen auf eine außerordentlich starke Wahlbeteiligung hin. Namentlich in den Oststaaten scheint die Wählerschaft beinahe vollzählig zur Wahlurne gegangen zu sein.

Endergebnis erst Mittwochvormittag

New York, 8. November

Der Wahlakt hat um 14 Uhr mitteleuropäischer Zeit begonnen. Das Ergebnis wird in Europa gegen 7 Uhr morgens eintreffen. Das Wetter ist kühl und bewölkt; aus verschiedenen Oststaaten werden Regenfälle gemeldet.

In der Stadt New York überwachen 7537 Polizisten die 3794 Wahllokale; 19 220 Polizisten sind in der Stadt alarmbereit. Die Washingtoner Geheimpolizei hat Vorbereitungen getroffen, um verfassungsgemäß den staatlichen Schutz auf Roosevelt auszudehnen, falls er gewählt wird. Die Polizeistunde ist für Klubs und Tanzdielen auf 0.50 Uhr verlängert worden.

Um dem Massenandrang der Wähler begegnen zu können, sind in der Stadt New York neue Wahlmaschinen eingeführt worden, die recht umständlich sind. In den übrigen Städten und auf dem Lande wird meistens mit Stimmzetteln gewählt. Amtlich ist der Wahltag zum Feiertag erklärt worden, doch sind die meisten Geschäfte geöffnet. Die Republikaner erhoffen im Hinblick auf das Alkoholverbot die Unterstützung ihres Kandidaten Hoover vor allem auch durch die Frauen. Im Staate New York wird zugleich über die Auflage einer 30-Millionen-Dollar-Anleihe für Erwerbslosenhilfe abgestimmt.

Da das Wahlgesetz solche Personen von der Wahl ausschließt, die aus öffentlichen Mitteln unterhalten werden, können bei der jetzigen Wahl sehr viele nicht wählen. (Das gab's im kaiserlichen Deutschland auch, die Sozialdemokratie hat es abgeschafft. Red. d. „V.")

Der Präsident wird nicht unmittelbar gewählt, sondern 531 Wahlmänner, die Elektoren, die in zwei Monaten zusammentreten, um den Präsidenten und den Vizepräsidenten zu wählen. Heute entscheidet der Wähler zwischen den Wahlmann-Kandidaten der Demokraten, Republikaner, Sozialisten und Kommunisten.

Am Wahlvorabend gab es einen zweieinhalbstündigen Rundfunkappell der Republikaner an die Wähler. An den Probeabstimmungen des „Literary Digest", aus dem Roosevelt als Sieger hervorzugehen schien, haben sich nur vier Millionen Amerikaner beteiligt, die Probestimmzettel waren jedoch an 20 Millionen abgesandt worden. Die Tradition spricht für den republikanischen Kandidaten. Die Wahl des Demokraten Wilson konnte nur erfolgen, weil Theodore Roosevelt damals eine Spaltung der Republikanischen Partei herbeigeführt hatte. Uebereinstimmend ist man der Ansicht, daß Hoover verlieren muß, wenn er nicht die 47 Wahlstimmen New Yorks erhält. Da zwischen New York und Kalifornien ein Zeitunterschied von drei Stunden besteht, kann der Wahlausgang bereits entschieden sein, bevor die kalifornischen Wahllokale geschlossen worden sind.

In der Bundeshauptstadt Washington, die als einziger Ort in Amerika sich nicht an den Wahlen beteiligen darf, herrscht heute absolute Ruhe.

Alle Minister haben die Stadt verlassen und die meisten Politiker weilen in den Hauptquartieren ihrer Partei. Das Ergebnis der Wahl wird den Bewohnern Washingtons durch Scheinwerfer verkündet. Rotes Licht kündet den Sieg Roosevelts, grünes Licht den Sieg Hoovers an.

5109000 Arbeitslose

Geringes Sinken der Arbeitslosigkeit

In der zweiten Oktoberhälfte ist nach dem jetzt vorliegenden Bericht der Reichsanstalt die Zahl der bei den Arbeitsämtern gemeldeten Erwerbslosen von 5 150 000 Mitte Oktober auf 5 109 000 Personen gesunken.

Bei der Unzuverlässigkeit der Arbeitsamtsstatistik wird man sich aber dieser zahlenmäßigen Besserung so lange nicht freuen können, bis der erheblich genauere Monatsbericht des ADGB. über die Beschäftigtenziffern der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter und die Ziffern der in den Krankenkassen Versicherten für den Monat Oktober herausgekommen sind. Erst dann wird sich zeigen, ob im vergangenen Monat gegenüber dem September tatsächlich keine oder nur ganz unwesentliche Verschlechterung des Arbeitsmarktes eingetreten ist. Da Ende September die Gesamtzahl der Erwerbslosen mit 5 102 000 und Ende Oktober mit 5 109 000 ausgewiesen wird, müßte sich also im Oktober der Arbeitsmarkt nahezu stabil gestaltet haben.

Im Vergleich mit dem vergangenen Jahr hat sich seit Ende August die Situation auf dem Arbeitsmarkt folgendermaßen entwickelt: im Jahre 1931 war durch die einsetzenden Saisonentlassungen bei gleichzeitig anhaltender Konjunkturverschlechterung die Zahl der Arbeitslosen um 408 000 gestiegen. In diesem Jahr ist die Zahl der Erwerbslosen seit Ende August um 115 000 Personen gesunken. Nun geben diese Zahlen leider keinen Anhaltspunkt, da durch die massenhaften Aussteuerungen und das Aufhören der Unterstützungszahlungen die Armee der Arbeitslosen gewachsen ist, die bei den Arbeitsämtern nicht mehr angemeldet sind. Aber auch, wenn man all dies einschaltet, so zeigt sich doch, daß sich eine, wenn auch geringe, Teilbelebung in der Wirtschaft durchsetzt, die nicht nur saisonmäßig (Weihnachtsgeschäft) bedingt, sondern konjunkturmäßig beeinflußt ist. Dieser leichten Besserung in den Konjunkturindustrien ist es gelungen, die jedes Jahr eintretende Verschlechterung des Arbeitsmarktes in den Saisongewerben bisher zu verhindern.

Die Regierungspresse wird natürlich versuchen, aus dieser geringen Besserung für das Kabinett von Papen Kapital zu schlagen. Aber das, was sich bisher als Belebung gezeigt hat, ist nicht das Werk der Barone, sondern eine natürliche Entwicklung nach Ueberschreitung des Krisentiefpunktes. Man muß im Gegenteil befürchten, daß diese Besserung keine nachhaltigen Wirkungen zeitigt, da die von den Baronen getriebene Wirtschaftspolitik jeder ökonomischen Vernunft ins Gesicht schlägt.

Zentrum sagt: Nicht abwarten!

Der Reichstag muß selber die Initiative ergreifen

Unter dem Titel „Nicht abwarten" befaßt sich das Organ der Christlichen Gewerkschaften, der „Deutsche", mit der Frage, was nach dem Ausgang der Wahlen werden soll. Wir haben Grund zu der Annahme, daß die Aeußerungen des „Deutschen" diesmal mit der Auffassung identisch sind, die gegenwärtig in maßgebenden Zentrumskreisen vorherrschend ist. Der „Deutsche" schreibt:

„Hugenbergs Presse schreibt jetzt, die Deutschnationale Partei besitze die Schlüsselstellung im Parlament und habe jetzt die „Faust an der Gurgel der parlamentarischen Parteiwirtschaft". Sie werde jede Möglichkeit zu einer reaktionären Wiederbelebung des Weimarer Parlamentarismus über die Bildung einer parlamentarischen Regierung verhindern. Diese Offenherzigkeit ist zu begrüßen. Die anderen Parteien wissen, was sie von einer „nationalen Konzentration", wie sie Hugenberg will, zu erwarten haben. Es ist ausgeschlossen, daß sich Nationalsozialisten, Zentrum und Christlich-Soziale dafür hergeben werden. Daraus ergibt sich alles weitere. Die Basis einer Not- und Arbeitsgemeinschaft im Reichstag, wie sie Kaas und Brüning fordern, muß so breit wie nur möglich sein und in erster Linie eine Stütze bei den Massen des Volkes finden. Daß in diesem Augenblick nicht an eine Mehrheitsbildung koalitionsmäßiger Art wie früher zu denken ist, ist klar. Es ist eine Regierung zu schaffen, deren führende Männer Vertrauen im Volke haben und eine Mehrheit im Reichstag finden, die ihnen die Möglichkeit gibt, zu arbeiten. Der Reichstag soll sie später nach ihrer Politik und ihren Taten beurteilen. In diesem Sinne muß nun der Reichstag selber die Initiative ergreifen, er darf nicht abwarten, bis die Regierung für gut befindet, ihn einzuberufen. Er muß die Rechte des Volkes, das in seiner überwiegenden Mehrheit seinen Willen unzweideutig zum Ausdruck gebracht hat, zur Geltung bringen und die Führung übernehmen. Es wäre falsch, die Vorschläge und Pläne Papens abzuwarten. Die Lage ist klar, die Aufgabe ist gestellt. Sie kann nicht gelöst werden auf dem Wege einer Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den Parteiführern, welche die Hugenberg-Presse kurz so charakterisiert: „Die Parteiführer sollen verhört werden." Beim Reichspräsidenten liegt die letzte Entscheidung."

Es ist anzunehmen, daß das Zentrum im Sinne der vorstehenden Betrachtungen bereits bestimmte Schritte eingeleitet hat.

9. November

Es rettet uns kein höh'res Wesen,
Kein Gott, kein Kaiser, kein Tribun....

Was war es am 9. November 1918? Eine kaiserliche Diktatur brach zusammen, die das deutsche Volk in den aussichtslosesten aller Kriege und in die unvermeidlichste aller Niederlagen hatte hineinschlittern lassen!

Was war es am 9. November 1918? Eine vielhundertjährige Baronsherrschaft wurde weggefegt mit Thrönchen und Krönchen, Herrenhäusern und Wahlrechtsprivilegien, Herrscherrechten und Untertanenpflichten. Eine autoritäre Staatsführung, die sich von Gottes Gnaden wähnte und den Namen der Vorsehung unnütz im Munde führte, verendete an ihrer moralischen und geistigen Unfähigkeit.

Beliebt es den Nationalsozialisten noch immer, vom Novemberverbrechen zu reden? Sie, die heute so laut gegen die Barone schreien, können wirklich denen, die damals die Barone weggejagt haben, nicht den geringsten Vorwurf machen — außer etwa den, sie hätten nicht gründlich genug gearbeitet und die Rückkehr der Barone in die Aemter nicht ein für allemal unmöglich gemacht!

Aber es war doch gerade das elende geschichtsfälschende Geschwätz vom Novemberverbrechen und vom Dolchstoß in den Rücken der kämpfenden Front, das für die Rückkehr der Barone die geistigen Voraussetzungen schuf. Adolf Hitler, der Hasser und Bekämpfer der Revolution, war von Anbeginn an der Schrittmacher der Konterrevolution. Die Baronsregierung von heute, die autoritäre Staatsführung mit dem Vorsehungskomplex ist sein Werk!

Herr v. Papen hat gestern bei einem Festessen der ausländischen Presse Deutschland als das Kampffeld bezeichnet, auf dem der westliche Rationalismus und der östliche Irrationalismus zusammenstoßen. Ratio heißt soviel wie Vernunft — wir können nicht zum Schaden unseres Volkes annehmen, daß die Vernunft eine geographische Angelegenheit ist, an der wir nur beschränkt Anteil nehmen dürfen. Die Redereien vom Rationalen und Irrationalen gehören auch zu den Verwirrungskünsten, mit denen der gegenwärtige politische Zustand herbeigeführt worden ist.

Der 9. November brachte den Sieg der Vernunft über den politischen Aberglauben der Vergangenheit. Es war ein Sieg des Volkes über eine hauchdünne Herrenschicht. In dem Maße, wie es gelang, die Vernunft zurückzudrängen und dem politischen Aberglauben an Halbgötter, Diktatoren und Tribunen wieder Raum zu schaffen, faßte auch die alte Herrenschicht wieder Boden.

Der 9. November war ein bedeutsamer Tag in der Geschichte der Klassenkämpfe. Eine alte Klassenherrschaft wankte und fiel. Die Abergläubischen halten den Klassenkampf für die Erfindung eines bösen jüdischen Hexenmeisters namens Karl Marx. Sie wissen nicht, daß der Klassenkampf keine Erfindung, sondern eine geschichtliche Tatsache ist. Indem sie jetzt einen regelrechten Klassenkampf von oben erleben, durch den die Barone ihre Herrschaft neu zu befestigen versuchen, erhalten sie die Strafe für ihre Dummheit.

Für uns ist dieser 9. November kein Anlaß, Freudenfeste zu feiern. Der 9. November trägt eine doppelte Tragik in sich: er war ein Kind der nationalen Niederlage, und er machte die Spaltung im Proletariat offenbar. Hätte damals ein einiges Proletariat entschlossen den Weg betreten, der über die Demokratie zum Sozialismus führt, nie wäre die

Demokratie in Gefahr geraten, und auf dem Weg zum Sozialismus wären wir schon unendlich viel weiter.

Man spricht von einer Novemberrevolution, aber die Ereignisse des 9. November waren nur ein einzelner Akt in einem revolutionären Entwicklungsprozeß, der nun schon seit Jahrzehnten die Welt erschüttert. Dieser revolutionäre Entwicklungsprozeß ist ohne Spaltungen und ohne Rückschläge nicht denkbar, beide müssen auf Zeit als etwas Unvermeidliches hingenommen werden. Aber vor dem Sieg steht die Einigkeit, und vor der Einigkeit steht die allgemeine Erkenntnis, daß eine demokratische Staatsverfassung die unentbehrliche Voraussetzung für das Werden einer sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist. In den Versammlungen singen die Arbeiter — Sozialdemokraten und Kommunisten —, daß uns kein Gott, kein Kaiser und kein Tribun retten kann, und daß wir, um uns aus unserm Elend zu erlösen, das Notwendige selbst tun müssen. Die Demokratie ist es, die dem Proletariat den Weg zur Selbstbefreiung öffnet. Welchen Grund hätten denn die Herren von heute und vorgestern, ihren Klassenkampf von oben gegen die Demokratie zu führen, wenn nicht die Demokratie eine Eroberung des Klassenkampfes von unten wäre!?

Ihr wollt den Sieg des Sozialismus, so schützt die Republik, verteidigt die Demokratie, und ihr werdet siegend beenden, was der 9. November 1918 begonnen hat!

Wer brach den Streik?

Nazis und Kommunisten beschuldigen sich gegenseitig

Die großartige Aktion der sogenannten „zentralen Streikleitung" im Berliner Verkehrsstreik hat als elende Schmierenkomödie geendet. Zunächst waren Nationalsozialisten und Kommunisten vollkommen einig, indem sie alle Schuld auf die Sozialdemokratie abluden. Dann aber gerieten sie einander in die Haare, und jetzt schimpfen sie sich gegenseitig Streikbrecher. So erläßt die sogenannte Nationalsozialistische Betriebsorganisation eine Erklärung, in der es heißt:

Am 5. Streiktage, am Montag, dem 7. November, schickten auch die Kommunisten durch ihre RGO.-Funktionäre unter allerlei Vorwänden ihre Anhänger in die Betriebe und stellten dadurch den noch Kämpfenden den Erfolg in Frage. Am Montagabend versammelten die Kommunisten durch ihre RGO. noch den Rest ihrer Anhänger und erklärten unter allerlei lendenlahmen Ausreden den Streik für beendet. Sie gingen sogar so weit, ihren Anhängern vorzulügen, daß

die Nationalsozialisten bereits den Streik abgebrochen

hätten. Die RGO. könne darum den Streik nicht mehr weiter führen. Die RGO. verbreitete auch Flugblätter, in welchen sie zum sofortigen Abbruch des Streiks aufforderten.

Somit ging der Rest der Kommunisten am Dienstag früh in die Betriebe.

Der Montag war der Tag, an dem sich die Fronten restlos klärten. Die Freigewerkschaftlichen und SPD. vertagten zuerst, die

KPD. und RGO. folgten brav hinterher.

Sie verließen die Front der um ihre Rechte kämpfenden Arbeiterschaft! Der Abschluß der Reichstagswahl bedeutete für die Marxisten gleichzeitig den Austritt aus der Arbeiter-Kampffront!

Die Nationalsozialisten hielten das Banner des Kampfes bis zum Dienstag mittag hoch und nur unter der Feststellung der Tatsache, daß die Führung der RGO. und der Freien Gewerkschaften die Arbeiterfront verraten hatten, den ehrlich gemeinten Wirtschaftskampf der Arbeiterschaft sabotierten, veranlaßte die Nationalsozialisten auch ihrerseits, den nunmehr aussichtslos gewordenen Kampf abzubrechen.

BVG.er! Euer Kampf wäre von Erfolg gekrönt gewesen, wenn nicht die einheitliche Front der Schaffenden

durch sozialdemokratische und kommunistische Funktionäre erdolcht

worden wäre!

Hier ist der untrüglichste Beweis dafür geliefert, daß die Nationalsozialisten die Freunde, dagegen die Marxisten die Feinde des arbeitenden Volkes sind. Die Arbeitnehmerschaft Berlins soll an diesem Erlebnis lernen, und in Zukunft unter nationalsozialistischer Führung den schärfsten Kampf gegen diese marxistischen Verräter führen.

Wie aus diesem Aufruf selbst hervorgeht, geben die Kommunisten den Nazis den Vorwurf des Streikbruchs zurück. So versichert die „Welt am Abend", die Nazis hätten zur Zermürbung der Streikfront ihr Möglichstes getan und sie seien am Montag als erste in die Betriebe gelaufen!

Heines macht Aufruhr

Dauernde SA.-Revolten in Schlesien

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Breslau, 8. November.

Der Naziterror in Schweidnitz, der schon in der vergangenen Woche zu einem brutalen Ueberfall hemmungsloser Hakenkreuzler auf einen friedlich seines Weges gehenden Reichsbannermann führte, dauert fort. Insbesondere vor dem Landgerichtsgebäude, wo seit Dienstagvormittag wieder das Sondergericht gegen den Gruppenführer der schlesischen SA. und seine Trabanten verhandelt, reißen die von den Hitler-Jünglingen wohl zu Ehren des Fememörders Heines mit viel Geschrei veranstalteten Krawalle nicht mehr ab. Die Polizei, die häufig vom Gummiknüppel Gebrauch machen muß, ist gegenüber diesem Treiben anscheinend völlig machtlos. Auch in der Stadt streichen größere und kleinere Trupps von SA.-Leuten herum. Sie belästigen Passanten und fallen über politische Gegner her. Mehrere hundert ortsfremde Braunhosen sind gegenwärtig wieder in Schweidnitz zusammengezogen.

Uebel tut sich besonders der in Schlesien sattsam bekannte Naziführer Kubissa hervor. Dieser Bursche, der im Jahre 1930 wegen Beteiligung an der Sprengung einer sozialdemokratischen Versammlung in einen Prozeß verwickelt war, zieht mit einer Gruppe auswärtiger SA.-Leute durch die Straßen und macht seine Kumpane auf Reichsbannerleute und Kommunisten aufmerksam. Die Folge dieses terroristischen Vorgehens ist eine Kette von Zusammenstößen. Die von Kubissa geführten Nazibanditen stürzen sich mit Totschlägern, Gummiknüppeln und anderen Mordwerkzeugen auf ihre Opfer. Am Dienstagmittag wurde auf dem Ring der 32jährige Zähler des Elektrizitätswerkes Macheiske, der zur Eisernen Front gehört, von einer solchen Horde angefallen. Macheiske erhielt mehrere tiefe Messerstiche und mußte in bedenklichem Zustand ins Krankenhaus übergeführt werden. Die feigen Messerhelden konnten unerkannt entkommen.

Das Auftreten der Nazis in Schweidnitz macht den Eindruck einer wohlvorbereiteten Aktion. Das Hauptquartier der nach Schweidnitz für die Dauer des Prozesses verlegten SA.-Rollkommandos ist, wie in früheren Jahren, die als Nazihochburg bekannte Braukommune. Dort ist seit Dienstag früh auch eine Hakenkreuz-Sanitätskolonne stationiert. Außerdem patrouillieren Nazisanitäter in der Stadt umher. Daraus kann man schließen, daß die SA.-Führer nicht nur mit Zusammenstößen rechnen, sondern sie planmäßig fördern.

Wie die Ortspolizeibehörde mitteilt, wurden in Schweidnitz seit Beginn des Reichenbacher Sprengstoffprozesses insgesamt 25 Nazis festgenommen. Drei wurden dem Gerichtsgefängnis zugeführt. Vier der Festgenommenen werden sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, die übrigen wegen Verstoßes gegen polizeiliche Anordnungen zu verantworten haben. Gegen den Gruppenführer Heines wurde von der Polizei wegen Aufruhr und Beleidigung bei der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet. Ferner geht aus dem Bericht der Polizei hervor, daß während der Dauer der Unruhen in Schweidnitz bisher drei Reichsbannerleute, zwei Kommunisten, ein Nationalsozialist und ein Polizeibeamter mißhandelt und verletzt wurden. Gegen die Schuldigen wurde ein Verfahren eingeleitet.

*

Die Unruhen in Schweidnitz setzten sich auch am Dienstagnachmittag fort. Laut Mitteilung der Schweidnitzer Polizeiverwaltung schleuderte einer der auf dem Platz vor dem Gerichtsgebäude lärmenden SA.-Leute einen 4½ Pfund schweren Ziegelstein in den Unterkunftsraum der Polizeibereitschaft im Gerichtsgebäude. Der Anprall des Steines war so heftig, daß der Fensterrahmen herausgeschlagen wurde und ins Zimmer fiel. Dabei wurde ein Polizeibeamter, der am Fenster gesessen hatte, erheblich verletzt; er trug eine 5 Zentimeter tiefe Kopfwunde davon. Im Laufe des Dienstag wurden neun Personen festgenommen. Sie werden sich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt, Körperverletzung, Waffenmißbrauch, tätlichen Angriffs auf Polizeibeamte sowie wegen Beleidigung einzelner Polizeibeamter vor Gericht zu verantworten haben. Nach der Festnahme stürmte ein Nazitrupp schreiend und tobend hinter dem Polizeikraftwagen, auf dem die Verhafteten weggebracht wurden, her. Ein Kommunistenführer, den die Nazis auf der Straße dauernd verfolgt hatten, mußte in Schutzhaft genommen werden.

Die Schuld an den Dienstag-Zusammenstößen trägt nach Auffassung der Polizeibehörde nicht die politische Leitung der NSDAP., sondern die verantwortliche Führung der SA., d. h. also wieder einmal Heines! Da mit dessen Verurteilung gerechnet werden dürfte, stehen für morgen nach Verkündung des Urteils weitere Ausschreitungen bevor.

Unter dem Verdacht der Teilnahme an dem Ueberfall auf den Reichsbannermann Schackschal am Freitagabend verhaftete die Polizei am Dienstagmittag auf dem Ring einen Nationalsozialisten, an dessen Hosen Blutspuren zu sehen waren. Der Naziführer Kubissa versuchte den Festgenommenen zu befreien. Die Polizei sah sich deshalb gezwungen, gegen den unverschämten Hakenkreuzler mit dem Gummiknüppel einzuschreiten. Kubissa brach bewußtlos zusammen und wurde von seinen Leuten nach der in der Braukommune eingerichteten Naziverbandsstation abtransportiert.

Gegen Abend trat endlich wieder Ruhe ein. Alle ortsfremden Nazis wurden von der Polizei, soweit sie ihrer habhaft werden konnte, aus Schweidnitz abgeschoben. Gegen 20 Uhr waren die Straßen von den Hakenkreuzkrakeelern gesäubert.

Zuchthausantrag in Schweidnitz

Nazizeugen wegen Begünstigung unvereidigt

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Schweidnitz, 8. November.

Nach dreitägiger Pause wurde am Dienstagvormittag vor dem Schweidnitzer Sondergericht die Verhandlung im Reichenbacher Attentatsprozeß wieder aufgenommen.

In Fortsetzung der Zeugenvernehmung wurde zunächst Frau Pastor Fuchs verhört. Die Zeugin gab an, daß sie sich an die fraglichen Vorgänge nicht mehr erinnern könne. Der Zeuge Hauptmann Müller äußerte, daß er den SA.-Mann Polomski unter dem Namen Schmidt „nur zur Erholung" zu sich genommen habe. Von wem Schmidt zu ihm geschickt worden sei, wisse er nicht. Es sei bei ihm üblich, Gäste freundlich zu bewirten und zu verpflegen. Dabei ist nur merkwürdig, daß Müller diese „Gastfreundschaft" ausgerechnet bei Polomski-Schmidt zuerst in Anwendung gebracht und ihn sieben Wochen beherbergt hat.

Von der Staatsanwaltschaft wurde die Frage aufgeworfen, welche Bewandtnis es mit dem für den flüchtigen SA.-Mann Polomski alias Schmidt ausgestellten Grenzübertrittsschein nach der Tschechoslowakei gehabt habe. Frau Müller habe nämlich bei dem Reichenforster Amtsvorsteher, der den Schein ausstellte, Schmidt als ihren Neffen ausgegeben. Vom Vorsitzenden deshalb befragt, bestritt Frau Müller, daß die Behauptung des Staatsanwalts den Tatsachen entspreche.

Sämtliche am Dienstag vernommenen Zeugen wurden nicht vereidigt, da bei allen dringender Verdacht der Begünstigung besteht.

Der Angeklagte Heines erging sich wieder in Beschuldigungen gegen den Kriminalkommissar Jackenkroll. Dieser habe sich bei der Vernehmung der Frau Müller Uebergriffe zuschulden kommen lassen. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Rebitzki-Breslau, bat, von einer Erörterung des angeblich nicht einwandfreien Verhaltens des Kommissars abzusehen, da gegen Jackenkroll bereits ein Verfahren eingeleitet (??) worden sei.

Das Gericht lehnte alle Anträge ab, auch den, der die Ladung des Amtsvorstehers von Reichenforst zur Vernehmung über den Grenzschein für Polomski-Schmidt fordert.

Nach Schluß der Beweisaufnahme wurden heute die Strafanträge gestellt. Der Staatsanwalt erklärte, daß er lange geprüft habe, ob gegen die Angeklagten Polomski, Wagner und Wolter nicht die Todesstrafe zu beantragen sei. Er habe diese Frage verneinen müssen und beantragte daher wegen versuchten Mordes: gegen Polomski 5 Jahre 6 Monate Zuchthaus, gegen Wolter 6 Jahre Zuchthaus und außerdem wegen Verstoßes gegen das Waffengesetz noch 3 Monate Zuchthaus, zusammengezogen zu einer Gesamtstrafe von 6 Jahren 1 Tag Zuchthaus. Alle drei Angeklagten sollen außerdem zu 5 Jahren Ehrverlust verurteilt werden. Gegen die übrigen Angeklagten wurden folgende Strafen beantragt: SA.-Gruppenführer Feme-Heines 10 Monate Gefängnis, Stabführer Hayn 9 Monate, SA.-Führer Stab und Rauscher je 6 Monate Gefängnis. Die Untersuchungshaft solle den Angeklagten angerechnet werden.

Rövers Rückzug

Er setzt den Bürgermeister wieder ein

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Oldenburg, 8. November.

Der deutschnationale Bürgermeister von Eutin, Dr. Stoffregen, der dieser Tage von dem Naziregierungspräsidenten in Eutin mit Gewalt seines Amtes enthoben wurde, ist von dem oldenburgischen Naziministerium am Dienstag wieder eingesetzt worden.

Stoffregen hatte der Nazi-Regierung ein Ultimatum gestellt und mit der Beschwerde an den Reichsinnenminister gedroht. Diese Drohung hat die Nazihelden und Naziminister zu dem Rückzug veranlaßt. In der Nacht zum Dienstag erhielt der Naziregierungspräsident den telegraphischen Befehl, die Forderung des Bürgermeisters von Eutin zu erfüllen. Inzwischen hat Stoffregen gegen den Naziregierungspräsidenten in Eutin Strafantrag wegen Freiheitsberaubung und Nötigung gestellt.

‚Nationale' Wegelagerer

Nazis schlagen eine Frau nieder

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Darmstadt, 8. November.

In Ober-Ramstadt bei Darmstadt wurde die Frau eines Reichsbannermannes von einem Trupp Nazis durch Hiebe auf den Kopf niedergeschlagen, so daß sie eine Gehirnerschütterung davontrug. Als ihr Ehemann sie aufheben wollte, erhielt er einen Stich in den Rücken. Der SA.-Sturmtruppführer Göbel, der als Täter festgenommen wurde, gebärdete sich derart, daß ihm Handschellen angelegt werden mußten.

In einem anderen Odenwald-Ort wurde ein Reichsbannerauto mit Steinen beworfen. Sechs Nationalsozialisten wurden als Täter festgenommen.

In Köln-Mülheim überfielen etwa zehn uniformierte Hitler-Leute, die mit einem Personenkraftwagen angefahren kamen, einen in Opposition stehenden Nationalsozialisten. Das Nazi-Ueberfallkommando war mit schweren Knüppeln und anderen Mordinstrumenten ausgerüstet. Der Ueberfallene und sein Begleiter wurden schwer mißhandelt. Zwei Polizeibeamte retteten sie. Die Täter konnten mit ihrem Auto entkommen.

Der Preußische Landtag wird nach den Vereinbarungen zwischen Zentrum und Nationalsozialisten nicht vor dem 22. November zusammentreten. Man erwartet, daß bis dahin sowohl über die politische Gestaltung der Dinge im Reich als auch in Preußen eine gewisse Klärung erzielt werden kann. Entsprechende Schritte sind zu diesem Zweck bereits eingeleitet. Das Ziel ist vor allem die Beseitigung Papens.

SA. verboten

Aber nur im Saargebiet

Saarbrücken, 8. November.

Die Regierungskommission des Saargebiets hat beschlossen, sämtliche militärähnlichen Organisationen der NSDAP., insbesondere die Sturmabteilungen (SA.), die Schutzstaffeln (SS.) und sonstige Einrichtungen, einschließlich der „SA.-Beobachter", „SA.-Reserven", Motorstürme des Nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA.-Kasernen und der Zeugmeisterei mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Zur Begründung wird von der Regierungskommission mitgeteilt:

„In der Nacht zum 2. November wurde in der Stadt Saarbrücken ein Flugblatt verbreitet, das einen Wahlaufruf für die Nationalsozialisten enthielt, zugleich auch die Bevölkerung gegen die Polizeiorgane aufzuwiegeln suchte. Das Flugblatt entspricht auch nicht den Vorschriften des Pressegesetzes. Um den Verfasser zu ermitteln, fand am 3. November in Ausführung eines Beschlusses der Regierungskommission des Saargebiets in den Geschäftsräumen der NSDAP. eine Durchsuchung statt. Bei der Durchsuchung wurden unwiderlegliche Beweise dafür gefunden, daß gewisse Organisationen der NSDAP. im Saargebiet eine Tätigkeit entfalten, die in flagrantem Widerspruch zu den Bestimmungen der Verordnung vom 12. September 1928 steht."

Der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei tritt am Donnerstag in Berlin zusammen, um über die politische Lage zu beraten, wie sie durch das Ergebnis der Reichstagswahlen vom 6. November geschaffen ist.

Kleiner Helfer

Papen-Propaganda im Radio

Um der heißgeliebten Papen-Regierung doch noch die parlamentarische Unterstützung der Hitler-Fraktion zu sichern, rückte am Dienstagabend Dr. Fritz Klein von der „DAZ." vor das Mikrophon der Funkstunde. Nach einer begeisterten Wiederholung der Worte über die „nationale Konzentration" unter „Hintansetzung aller persönlichen Fragen", die Papen beim Frühstück der Auslandsjournalisten gesprochen hatte, besprach er den Wahlausfall, der für die Regierung nicht unbefriedigend sei. Der Sozialdemokratie gestand er zu, daß sie sich im ganzen genommen „überraschend gut gehalten" habe.

Den großen Stimmenverlust der Hitler-Partei führt er natürlich auf ihre Betonung sozialistischer Forderungen und auf ihre Feindseligkeit gegen Papen zurück. Dann redet er den Hitler-Leuten und besonders ihrem Oberpfaf beweglich zu, doch endlich umzuschwenken, denn sonst würde bei einer späteren Wahl ihr Verlust noch größer werden. Hitler habe doch oft genug erklärt, nicht Klassenkampf, sondern Volksgemeinschaft wäre sein Ziel. Die schönste Volksgemeinschaft ist eben für den „DAZ."-Mann das Papen-Lager. Der Herr Reichskanzler scheine das auch mit seinen Worten über eine wirkliche „nationale Konzentration" gemeint zu haben. Schwarzbraune Koalition mit Hugenberg und Dingeldey oder, noch richtiger, nationale Regierung mit Unterstützung der Nazis und des Zentrums sei das allein Richtige, aber beileibe nicht etwa als Koalitionskabinett mit Rückkehr zur früheren Regierungsform durch das Parlament, sondern so, daß das Parlament die autoritäre Staatsführung unterstütze. Das alles müßte bis zum Reichstagsbeginn am 6. Dezember unter allen Umständen geklärt sein.

So weit ist es nun gekommen: Nicht nur der Herrenreiter Papen beglückt die Rundfunkhörer mit seinen politischen Ergüssen, die — nachweislich — neun Zehntel des Volkes ablehnen, jetzt müssen auch noch seine journalistischen Trabanten vor das Mikrophon um gutes Wetter bitten. Aber auch diese kleine Hilfsaktion ist zwecklos. Papen muß fort! Je eher, desto besser!

Reichsrat und Rundfunk

Die vereinigten Ausschüsse des Reichsrats beschäftigten sich am Dienstag mit den Richtlinien für das Rundfunkwesen: das Kulturprogramm, die Satzungen der Reichsrundfunk-Gesellschaft und der einzelnen Sendegesellschaften und die Dienstanweisungen für die Rundfunkkommissare. Die Vorbesprechungen mit den Ländern hatten, wie sich herausstellte, noch keineswegs eine weitgehende Einigung ergeben, so daß beschlossen wurde, die Beratungen zunächst von einem Unterausschuß fortsetzen zu lassen. Es ist zu erwarten, daß die Beratungen noch in dieser Woche abgeschlossen werden.

Am Donnerstagnachmittag um 5 Uhr findet eine öffentliche Sitzung des Reichsrats statt. Die preußische Staatsregierung dürfte in dieser Sitzung mit einer Erklärung hervortreten.

Der aufgeblasene Frosch

„Ich bin groß", sagte der Hugenfrosch und blies sich auf.

„Seht", rief er, „schon um 50 Prozent meines Umfangs habe ich zugenommen."

Wenn nur nicht ein Malheur geschieht. . .

Die Bombenleger verurteilt

Nationalsozialistische Attentate in Ostpreußen und Schleswig-Holstein

Allenstein, 8. November.

In dem Allensteiner Bombenattentäter-Prozeß beantragte Oberstaatsanwalt Dr. Brey nach Schluß der Beweisaufnahme gegen den nationalsozialistischen Sturmführer Bethke wegen Verbrechens gegen § 6 des Sprengstoffgesetzes und wegen Anstiftung zum Sprengstoffverbrechen zehn Jahre Zuchthaus. Gegen die Nationalsozialisten Juschka und Franz Weiß wurden vom Oberstaatsanwalt wegen Verbrechens gegen das Sprengstoffgesetz je sechs Jahre Zuchthaus, die gleiche Strafe gegen die SA.-Leute Quassek und Klimmeck beantragt. Gegen die SA.-Leute Dembkowski, Wilhelm Weiß, Pernack und Hellwich beantragte der Oberstaatsanwalt je fünf Jahre Zuchthaus. Gegen die übrigen angeklagten Nationalsozialisten wurde die Freisprechung beantragt.

Am Dienstagnachmittag wurde das Urteil verkündet. Die Angeklagten Bethke, Franz Weiß, Quassek und Klimmek wurden zu je 5 Jahren Zuchthaus, Dembkowski zu einem Jahre Gefängnis, Wilhelm Weiß zu einem Jahre Zuchthaus, Hellwig zu einem Jahre Zuchthaus, Pernack zu einem Jahr drei Monaten Zuchthaus und Juschka zu neun Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungshaft wurde in Anrechnung gebracht. Alle übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Bombenprozeß in Altona

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Hamburg, 8. November.

Am Dienstag setzte das Altonaer Sondergericht, vor dem gegenwärtig der Prozeß gegen die nationalsozialistischen Handgranatenwerfer verhandelt wird, die Vernehmung der Angeklagten fort. Als Verteidiger für die angeklagten SS.- und SA.-Leute war der berüchtigte nationalsozialistische Rechtsanwalt und Landtagsabgeordnete Roland Freisler-Kassel erschienen. Das Gericht versuchte die Angeklagten zu Aussagen über die Ausführung der in der Wahlnach in Schleswig-Holstein verübten Handgranatenanschläge zu bewegen.

In Elmshorn

wurde aus einem mit sechs Mann besetzten Kraftwagen eine Stielhandgranate gegen eine Gastwirtschaft geworfen, in der sich das Verkehrslokal und das Parteibüro der KPD. befinden. Außerdem wurden zahlreiche Schüsse auf das Haus abgegeben. Die Handgranate flog bei der Explosion gegen den Bordstein, so daß nur die Fenster der umliegenden Häuser zersprangen. Die angeschuldigten SA.- und SS.-Leute, durch deren früheres Geständnis die Tat restlos geklärt ist, verweigern jetzt die Aussagen und behaupten, sich der Vorgänge nicht mehr entsinnen zu können.

In Uetersen

wurde aus einem Kraftwagen heraus eine Handgranate gegen den Laden der Konsumgenossenschaft Produktion geschleudert, die aber ihr Ziel verfehlte und das Haus eines Arbeiters, der zu keiner politischen Partei gehört, traf. Auch hier ist die Täterschaft durch frühere Geständnisse geklärt. Zwei der Täter, der Abiturient Adler und der Bäckergeselle Dechow, sind flüchtig. Die übrigen Angeklagten verweigern die Aussage oder geben an, mit der ganzen Angelegenheit nichts zu tun zu haben.

Der Anschlag in Barmstedt

wurde von dem Führer des zweiten Sturmbanns, Grezesch, der auch die anderen Attentate organisierte, selbst ausgeführt. Er sollte sich gegen ein kommunistisches Parteilokal richten. Der Täter, der auf einem Motorrad vorfuhr, warf die Stielhandgranate aber versehentlich in die Wohnung des Arbeiters Gottschalk, die sich im Haus neben dem KPD.-Lokal befindet. Die Handgranate richtete großen Sachschaden an. Durch die Explosion wurden zahlreiche Fensterscheiben des Hauses zertrümmert. Der Angeklagte, der diese Tat eingesteht, sagte weiter aus, daß er nach Vollbringung der Tat dem Führer des Motorrades, dessen Namen er nicht nennen will,

mit vorgehaltener Pistole Stillschweigen über die Vorgänge der Nacht geboten

und ihm bedeutet habe, daß er ein Kind des Todes sei, wenn die Oeffentlichkeit etwas erfahre.

Die der Ausführung des Handgranatenanschlages auf den

Konsumvereinsladen Produktion in Pinneberg

beschuldigten SS.-Leute Gerlach und Burmester, die dort in den Mitternachtsstunden des 1. August mit einem Kraftwagen vorfuhren und eine Stielhandgranate gegen das Haus warfen, bestreiten die Täterschaft, obwohl diese Aussagen durch Aussagen ihrer Kameraden vor dem Untersuchungsrichter feststeht.

Das Attentaat in Rendsburg

richtete sich gegen das Parteibüro und Verkehrslokal der KPD., auf das zwei Handgranaten geworfen wurden, die durch ein Fenster auf den Tisch der Gastwirtschaft fielen, dort explodierten und große Zerstörung anrichteten. Der SA.-Mann Rohweder, der die Handgranate warf, wurde durch herumfliegende Sprengstücke schwer verletzt und **von dem Reichstagsabgeordneten Moder und dem Standartenarzt Dr. Först heimlich fortgeschafft.** Gegenwärtig ist er flüchtig. Der weiter an der Tat beteiligte SS.-Mann und Zollwachtmeister Plähn ist geständig.

Der Führer des Altonaer SA.-Sturmes, Gastwirt Brockmann, der Inhaber einer berüchtigten Nazikneipe ist, wird beschuldigt und durch frühere Aussagen bezichtigt, das

Attentat auf ein KPD.-Lokal in Altona

ausgeführt zu haben. Da aber die zum Werfen der Handgranaten bestimmten SS.-Leute das Abziehen der Zünder vergaßen, blieben die Handgranaten auf der Straße liegen, ohne zu explodieren. Ein zweites Attentat, das auf das Altonaer Gewerkschaftshaus geplant war, kam nicht zur Ausführung, da die hierzu bestimmten SS.- und SA.-Leute in letzter Stunde den Mut verloren. Der Angeklagte bestreitet entschieden, an dem Anschlag beteiligt gewesen zu sein.

Ausführlich erörtert wird noch die Beschaffung der Sprengstoffe, die nach der Anklage der Nationalsozialist Bestmann geliefert haben soll. Der Angeklagte Plähn gibt zu, eines Tages ein großes Paket mit Sprengstoff in die Wohnung des SA.-Mannes Heeschen gebracht zu haben, verweigert aber über die Herkunft des Sprengstoffes und über seine Verwendung die Aussage.

Am Donnerstag soll mit der Beweisaufnahme begonnen werden, für die zunächst 37 Zeugen und 3 Sachverständige geladen sind.

Hitler-Blatt verboten

Wegen eines Angriffs auf Papen

München, 8. November.

Der „Völkische Beobachter" ist heute abend laut Beschluß der Polizeidirektion München mit sofortiger Wirkung bis zum 14. November verboten worden. Das Verbot ist, wie die nationalsozialistische Parteikorrespondenz schreibt, nach § 6 der Notverordnung vom 14. Juni 1932 ausgesprochen worden, und zwar wegen eines Artikels in der Ausgabe vom 6./7. November, dessen Ueberschrift lautete: „Herr von Papen hält eine von Verunglimpfungen gegen Adolf Hitler strotzende Rundfunkrede".

Nazi-Notwehr!

Ein deutscher „Richterspruch"

Eigener Bericht des „Vorwärts"

Schwerin, 8. November.

Ein unmögliches Urteil fällte am Dienstag die Große Strafkammer Schwerin. Es hatten sich zwei SS.-Leute zu verantworten, weil sie in der Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung „Das freie Wort" eine Karikatur von Dr. Goebbels zerrissen hatten. In diesem Tatbestand sah die Anklagebehörde ein Verbrechen gegen die Notverordnung gegen den politischen Terror. Der Staatsanwalt beantragte deswegen gegen beide Angeklagte je ein Jahr Zuchthaus. Das Gericht sprach die beiden Angeklagten dagegen frei und fand dafür folgende merkwürdige Begründung: Es wird festgestellt, daß die Nationalsozialisten widerrechtlich in die Geschäftsstelle der sozialdemokratischen Zeitung eingedrungen sind und daß sie das Plakat gewaltsam entfernt haben. Sie sind auch von dem Geschäftsführer aufgefordert worden, das Lokal zu verlassen und sie haben auch dem Geschäftsführer das Plakat entrissen. Trotzdem ist die Strafkammer der Meinung, daß die Angeklagten ihrem Führer Goebbels bewußt Nothilfe leisteten und sie deshalb in Notwehr gehandelt hätten. Sie seien demnach freizusprechen. Der Haftbefehl werde mit sofortiger Wirkung aufgehoben.

Zuchthaus für Spionageversuch. Das Oberste Landesgericht München verurteilte den 53 Jahre alten Kaufmann Ferdinand Wacker aus Germersheim wegen versuchten Verrats militärischer Geheimnisse zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust.

Was tat Bullerjahn?

Ausschluß der Oeffentlichkeit

Der zweite Berliner Verhandlungstag des Bullerjahn-Prozesses brachte zunächst den Lokaltermin in den Berlin-Karlsruher Industriewerken in Wittenau. Der Lokaltermin, der unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfand, nahm nicht nur den ganzen Vormittag, sondern auch die frühen Nachmittagsstunden in Anspruch, so daß Senatspräsident Dr. Bünger die Verhandlungen im Sitzungssaal des Oberpräsidiums erst nach 5 Uhr abends eröffnen konnte. Nach den Dispositionen des Gerichts soll morgen noch eine Verhandlung in Berlin stattfinden, da die für heute vorgesehenen Zeugen nicht sämtlich vernommen werden können. Der Donnerstag soll sitzungsfrei bleiben und am Freitag wird wieder in Leipzig verhandelt werden.

Als erster Zeuge wurde heute der Kriminalbezirkssekretär Schlaf vernommen. Schlaf hat die ersten Ermittlungen der Spionageabteilung des Polizeipräsidiums gegen Bullerjahn geleitet und erklärt auf eine Frage des Vorsitzenden, er selbst habe nicht den Generaldirektor v. Gontard als Vertrauensperson angegeben. Er habe mit v. Gontard auch nie etwas zu tun gehabt. Die Direktoren Gebauer und Hellwig hätten angegeben, eine Persönlichkeit in den Werken besäße Material für die Schuld des Bullerjahn. Diese Persönlichkeit wünsche aber nicht genannt zu werden. Daraufhin habe er im Auftrage des Kriminalkommissars Göbener den Herren gesagt, sie sollten diese Persönlichkeit dem Polizeipräsidium mitteilen, der Name würde im Verfahren nicht genannt werden. Daraufhin habe der verstorbene Direktor Hellwig ohne seine Vermittlung dem Kriminalkommissar Göbener direkt den Generaldirektor v. Gontard als Vertrauensperson genannt.

Der Zeuge Pagenstecher, Leiter des Sicherheitsdienstes in den Berlin-Karlsruher Industriewerken, schildert ausführlich das nach seiner Meinung verdächtige Verhalten Bullerjahns am Tage der Revision durch die Interalliierte Kontrollkommission. Als die Direktion gegen Bullerjahn Verdacht geschöpft habe, habe man ihn holen lassen, um sein Gesicht oder das des französischen Leutnants Jost beim Vorbeigehen an der Kommission zu beobachten. Bullerjahn habe sich zunächst mit Händen und Füßen gesträubt, das Lager zu betreten, in dem die Kommission am Werke war, und er habe auffälligerweise das Gesicht von der Kommission abgewandt, als ob er nicht gesehen sein wollte. Der Vorsitzende fragt Bullerjahn, warum er sich gegen das Betreten des Lagers so energisch gesträubt habe.

Bullerjahn: Es bestand eine Anweisung, daß sich niemand unaufgefordert in die Nähe der Kommission zu begeben habe. Als ich direkt aufgefordert wurde, bin ich ja auch gegangen. Ich kann es mir nicht vorstellen, daß ich mich gesträubt haben sollte, ebensowenig habe ich mein Gesicht von der Kommission abgewandt, denn ich habe doch genau gesehen und in einer Zeichnung später niedergelegt, womit die Mitglieder der Kommission beschäftigt waren und wo sie standen.

Auf weitere Fragen des Vorsitzenden erklärt Bullerjahn, er habe ja Kenntnis von Material gehabt, das für die Interalliierte Kommission weit wichtiger gewesen wäre als das, was sie an jenem Tage entdeckt hat. Wenn er tatsächlich das Lager verraten hätte, dann würde die Kommission weit mehr gefunden haben.

Der Vorsitzende erklärt es für wichtig, daß Bullerjahn nähere Angaben über diese Dinge macht. Für die Erörterung dieser Dinge wird auf Antrag des Reichsanwalts die Oeffentlichkeit wegen Gefährdung der Staatssicherheit ausgeschlossen.

Scharfmacherei in der BVG.

2500 Maßregelungen — Unzulässige Methoden

Die Direktion der BVG. teilt mit, daß sie 2500 Mann von den Streikenden nicht wieder einstellen werde.

Diese Mitteilung bekommt ihre ganze Schärfe, wenn man sich erinnert, daß gegenwärtig der Arbeitsmarkt für absehbare Zeit keine Aussicht bietet, anderweitig in Arbeit zu kommen.

Es wird der Direktion der BVG. nicht möglich sein, nachzuweisen, daß es sich bei diesen 2500 Gemaßregelten nur um solche Personen handelt, die Sabotageakte getrieben haben oder gegen das arbeitende oder sich zur Arbeit meldende Personal tätlich vorgegangen sind.

Die Direktion der BVG. muß wissen, daß sie gegen die eigentlichen Urheber des Streiks nicht vorgehen kann,

denn diese befinden sich außerhalb der Reihen des Personals der BVG. Wenn man jemals berechtigt war, von einer Streikmache zu reden, so gewiß bei dem Verkehrsstreik. Die Opfer dieser Streikmache sind die Arbeiter und Angestellten der BVG. Unter diesen Opfern hat die Direktion der BVG. — nach welchen Grundsätzen? — 2500 ausgewählt, um sie in die Verzweiflung zu stoßen. Ein derartiges Vorgehen schafft nicht Beruhigung, sondern Empörung.

Darüber ist sich wohl heute jeder klar, daß es nie zum Streik gekommen wäre, wenn die Direktion der BVG. in der Frage der Geltungsdauer des Lohntarifs und in der Frage der Verlängerung des Manteltarifs sich anders eingestellt haben würde. Die Haltung der Direktion hat den politischen Drahtziehern in der Kommunistischen und in der Nationalsozialistischen Partei den Boden für ihre Agitation bereitet. Es ist unerträglich, daß ein öffentlicher Betrieb der Stadt Berlin von solchen scharfmacherischen Gesichtspunkten aus geleitet wird. Die Gewerkschaften, die sich mit ebenso großer Entschiedenheit der Interessen des Personals der BVG. angenommen haben, wie sich der politischen Streikmache widersetzten, werden es auf keinen Fall ruhig hinnehmen, daß

die Direktion der BVG. die eigene Schuld in Vergessenheit zu bringen sucht, indem sie massenweise die Opfer zu Schuldigen stempelt.

Gegen diese Methode legen wir schärfste Verwahrung ein. Wie sehr dieser ganze Streik nur eine politische Angelegenheit war, die ohne das zufällige Zusammentreffen mit den Wahlen überhaupt nicht aufgekommen wäre, das haben nicht nur die Vorgänge unmittelbar vor Ausbruch und während des Streiks gezeigt, das tritt auch in geradezu grotesker Weise nach seinem Zusammenbruch in Erscheinung.

Genau so wie während des Streiks die Hugenberg-Presse in Uebereinstimmung mit der kommunistischen und der nationalsozialistischen Presse zu wahlpolitischen Zwecken mit der Lüge hausieren ging, die BVG. stehe unter sozialdemokratischer Leitung, fährt sie auch heute noch fort, diese Lüge ihren Lesern aufzutischen. Der „Lokal-Anzeiger" der doch wissen muß, welche Rolle Herr Zangemeister, Direktor der BVG. und prominentes Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, innerhalb dieser Partei spielt, der wissen muß, daß die anderen beiden aktiven Vorstandsmitglieder der BVG., Herr Lüttke und Herr Quarg, gleichfalls Deutschnationale sind, spricht auch heute noch von der „sozialdemokratischen Leitung der BVG.". Selbst dieses reaktionäre Blatt findet die Politik der deutschnationalen Direktoren der BVG. so unerträglich, daß es diese Politik — in den Augen des „Lokal-Anzeigers" der größte Schimpf — als sozialdemokratisch brandmarkt. Gerade diese politische Zwecklüge des Hugenberg-Blattes zeigt am besten, wie unerträglich die Methoden der deutschnationalen Direktion der BVG. sind.

Diese Direktoren haben ein gerütteltes Maß von Schuld an dem Ausbruch des Streiks. Es kann unmöglich geduldet werden, daß das Personal der BVG. — Opfer des Zusammenspiels dieser Scharfmacherpolitik und der politischen Wahlmache der Nazis und der Kommunisten — jetzt hilflos diesen Direktoren ausgeliefert wird.

Der Amtsschimmel

Er kommt langsam in Trab

Wie wir zu unserer Notiz über die Ausdehnung der Krisenfürsorge auf tschechoslowakische Staatsangehörige erfahren, ist jetzt endlich eine Anweisung des Reichsarbeitsministers ergangen, tschechoslowakischen Staatsangehörigen, die die notwendigen Voraussetzungen erfüllen, rückwirkend bis zum 1. Oktober die Krisenfürsorge zu gewähren. Wir wollen hoffen, daß die Arbeitsämter nunmehr auch die entsprechende Dienstanweisung erhalten.

Streik gegen Papenlöhne

Die Belegschaft der Porzellanfabrik Kahla A.-G. in Kahla (Thüringen), die etwa 900 Arbeitskräfte umfaßt, ist am Montag in den Streik getreten. Die Direktion wollte den Notverordnungslohnabbau vornehmen. Den Beschäftigten blieb keine andere Möglichkeit der Abwehr, denn die Firmenleitung zeigte kein Entgegenkommen.

Vor einigen Monaten mußte die Belegschaft bereits Stückpreiskürzungen auf sich nehmen. Trotzdem tat sie alles, um den Betrieb über bestehende Schwierigkeiten hinwegzuhelfen. Jetzt aber ist das Maß voll. Der Streik droht auch auf andere Konzernwerke überzugreifen.

Revolutionäre Dressur

Kommunistische Landagitation

Der kommunistische „Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter" schimpft dauernd auf die „Verräter" des Deutschen Landarbeiterverbandes. Die Führer des Deutschen Landarbeiterverbandes sind demnach schuld, daß die Entlohnung der Landarbeiter so niedrig ist.

Wie aber steht es mit der „Gewerkschaftsbürokratie" dieses kommunistischen Einheitsverbandes? Dafür nur ein Beispiel:

Die Landarbeiter im Betriebe des Gutsbesitzers H. in Schönwiese bei Guttstadt in Ostpreußen sind restlos in diesem kommunistischen Landarbeiterverband organisiert. Das hinderte H. nicht, den Hofgängern nur 30 M. Lohn für den Monat zu zahlen anstatt 39 M., wie es der Tarifvertrag vorsieht. Wäre der kommunistische Landarbeiterverband die wirksame Interessenvertretung der Landarbeiter, für die er sich immer ausgibt, dann müßte er unverzüglich gegen das Vorgehen des genannten Besitzers einschreiten. Bis jetzt haben die Landarbeiter des Gutes Schönwiese zu ihrem nicht geringen Erstaunen von der Erfüllung dieser selbstverständlichen Pflicht jedoch noch nichts gemerkt. Der kommunistische Landarbeiterverband tut so, als existierte er nicht.

Das veranlaßte den zuständigen Angestellten des Deutschen Landarbeiterverbandes, sich des Falles anzunehmen. Er erschien auf dem Gute und forderte die Landarbeiter auf, sich den Lohnabbau nicht widerspruchslos gefallen zu lassen, sondern Klage zu erheben. Dabei stellte sich heraus, daß der kommunistische Landarbeiterverband die Landarbeiter nicht einmal darüber unterrichtet hatte, welchen Lohn sie zu fordern haben.

Die Bemühungen des Angestellten des Deutschen Landarbeiterverbandes waren jedoch vergeblich. Ein treues Schäflein nach dem anderen des sich so revolutionär gebärdenden kommunistischen Landarbeiterverbandes erklärte, nicht den Mut zu haben zu einem Vorgehen gegen den Besitzer H. Sie sind eben nur dressiert, Sozialdemokraten als „feige Verräter" zu beschimpfen.

Im Gastwirtsgewerbe

Donnerstag Tarifverhandlungen

Trotz noch bestehender Verkehrsschwierigkeiten und trotz kurzfristiger Einladung war die Generalversammlung des Zweigvereins Berlin im Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Cafeangestellten am Montagnachmittag im „Hackeschen Hof" gut besucht. „Geschäftsbericht vom 3. Quartal" lautete die Tagesordnung; die Delegierten erwarteten aber wohl mit Recht, im Anschluß an den Geschäftsbericht etwas von den schwebenden Tarifverhandlungen zu hören, obgleich diese natürlich bereits ins 4. Quartal fallen.

Die Erwartungen der Delegierten wurden denn auch nicht enttäuscht. Es genügt, hier zu bemerken, daß die Forderungen der Unternehmer derart waren, daß an eine freie Vereinbarung gar nicht zu denken war; es war nur möglich, den am 31. Oktober abgelaufenen Tarifvertrag bis zum 19. November zu verlängern. Donnerstag wird vor dem Schlichtungsausschuß verhandelt.

Aus dem Geschäftsbericht, der vom Berliner Vorsitzenden, Genossen Schneider, vorgetragen wurde, muß erwähnt werden, daß die bekannten Vorgänge bei der Firma Kempinski, die sich in der Berichtszeit abgespielt hatten, den Beweis erbracht haben, daß der Zentralverband trotz wirtschaftlicher Krise und trotz RGO. bei geschickter Verhandlungstaktik durchaus in der Lage ist, die Interessen der Angestellten wahrzunehmen. Aus dem erfolgreichen Verlauf dieser und anderer Bewegungen darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß es der Vorstand „schon richtig machen wird", sondern er kann und wird das Vertrauen der Mitgliedschaft nur dann mit gutem Gewissen ausnützen können, wenn diese ihre Wünsche und Beschwerden in den dafür vorgesehenen Branchen- und Generalversammlungen vorbringt. Es wird also in der nächsten Zeit die engste Zusammenarbeit zwischen ehrenamtlichen und besoldeten Funktionären erforderlich sein, um der Gesamtmitgliedschaft gegenüber diejenigen Beschlüsse vertreten zu können, die vielleicht einmal sehr rasch gefaßt werden müssen.

Bühnenarbeiter-Erfolg

Konflikt im Großen Schauspielhaus

Wir berichteten über den Schiedsspruch, der für die Bühnenarbeiter in den Berliner privaten Theatern kürzlich gefällt worden ist. Dem technischen Bühnenpersonal, das ebenso wie die übrige Arbeiterschaft schon erhebliche Lohnopfer gebracht hat, wurde in dem Schiedsspruch außer einigen Verschlechterungen der Bestimmungen des Manteltarifvertrages ein siebenprozentiger Lohnabbau zugemutet. Die Funktionäre hatten ihre Zustimmung zu dem Schiedsspruch davon abhängig gemacht, daß der Gesamtverband mit den Leitungen der großen Theater nochmals verhandelt, und zwar mit dem Ziel, die alten Löhne zu halten.

Auf Grund dieses Beschlusses wurden zunächst mit den Direktionen der Volksbühne und der Rotter-Bühnen Verhandlungen geführt mit dem Ergebnis, daß diese Bühnenleitungen sich verpflichteten, die alten Löhne bis zum 30. April weiterzuzahlen. Ebenso erklärten sie sich zur Weiterzahlung der übertariflichen Zulagen bereit, die bisher nicht nur bei der Volksbühne und den Rotter-Bühnen, sondern auch noch bei einigen anderen privaten Theatern gezahlt wurden in einer Höhe bis zu 13 Proz. über dem Tariflohn. Mit den Direktionen des Deutschen Theaters und des Großen Schauspielhauses gestalteten sich die Verhandlungen schwieriger. Die Direktion des Deutschen Theaters hat sich schließlich auch bereit erklärt, die alten Löhne bis zum 31. Dezember d. J. weiterzuzahlen.

Noch nicht abgeschlossen sind die Verhandlungen mit der Direktion des Großen Schauspielhauses, so daß in diesem Unternehmen nach wie vor die Möglichkeit eines Ausstandes der Bühnenarbeiter besteht. Die Direktion dieses Theaters scheint über die Stimmung in ihrer Arbeiterschaft schlecht unterrichtet zu sein. Es wäre bedauerlich, wenn sie über den Ernst der Situation erst durch einen offenen Konflikt Kenntnis erlangen würde.

Sieht man von dem noch schwebenden Streit im Großen Schauspielhaus ab, so kann man wohl sagen, daß sich für die organisierten Theaterarbeiter der Beitrag zur Organisation wieder einmal gelohnt hat. Hoffentlich dient der Erfolg des Gesamtverbandes den noch unorganisierten Theaterarbeitern als Ansporn, ihrer Gewerkschaftspflicht nun endlich nachzukommen.

Betriebsunfälle

Am schwarzen Brett

Der Betriebsrat beim Telegraphenbauamt III hatte festgestellt, daß in diesem Betriebe **im Laufe eines Jahres 94 Unfälle** vorgekommen sind, bei denen Arbeiter teils leichte, teils schwere Verletzungen erlitten haben. Der Betriebsrat machte eine Aufstellung, worin die Unfälle nach der Art der Verletzungen zusammengestellt waren, und beschloß, diese Aufstellung nebst einigen einleitenden Worten durch Anschlag am schwarzen Brett der Belegschaft bekanntzugeben. **Die Verwaltung des Telegraphenbauamts untersagte den Anschlag.** Nach

Der Betriebsrat klagte beim Arbeitsgericht, um die Anbringung seines Anschlags durchzusetzen. Der Betriebsratsvorsitzende führte aus, es solle ja der Verwaltung nicht der Vorwurf gemacht werden, daß sie alle Unfälle verschuldet habe, aber in einer Reihe von Fällen habe es doch an den vorgeschriebenen Verhütungsmaßnahmen gefehlt.

Der Betriebsrat war mit dieser Aenderung einverstanden, der Vertreter des Telegraphenbauamts jedoch nicht. Er wollte das Wort „viele" durch „manche" ersetzt haben, denn er könne nicht zugeben, daß viele Unfälle nicht auf Verschulden der Arbeiter zurückzuführen seien.

Das Gericht beschloß, die beklagte Verwaltung sei verpflichtet, den Betriebsrat seine Bekanntmachung in der vorgeschlagenen Form (mit dem Wort „viele") anschlagen zu lassen.

Buchdrucker wählen

Nur freigewerkschaftlich

Am Montag wurden in den Bezirksversammlungen der Berliner Buchdrucker die Delegierten zu den Generalversammlungen für das Jahr 1933 in Vorschlag gebracht. In fünf von elf Bezirken gelten die Kandidaten der freigewerkschaftlichen Richtung bereits als gewählt, da Gegenlisten nicht aufgestellt wurden oder nicht die notwendige Unterstützung fanden. Gewählt sind unsere Anhänger im 1., 2., 6., 9. und 11. Bezirk.

In den restlichen sechs Bezirken sind kommunistische Gegenlisten zum Teil mit sehr knapper Unterstützung aufgestellt worden, so daß in diesen Bezirken im nächsten Monat eine Wahl zwischen freigewerkschaftlichen und „oppositionellen" Kandidaten erfolgen muß.

Wie nicht anders zu erwarten war, benutzten die Kommunisten auch die Mitgliederversammlungen der Buchdrucker zur Diskussion über den Berliner Verkehrsstreik, um ihn — allerdings vergeblich — für ihre politischen Ziele auszuschlachten. Ueberall traten unsere Redner den Kommunisten energisch und erfolgreich entgegen, wobei sie besonders auf die verwerfliche Verbrüderung der Kommunisten mit den Nazis hinwiesen.

Selbstverwaltung

Nach autoritärer Art

Eine der tollsten Leistungen der auf diesem Gebiet recht produktiven Regierung Papen war die Behandlung der Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung in der Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen.

Der Verwaltungsrat hatte im August den einstimmigen Beschluß gefaßt, auf Grund seiner Kompetenz aus der 5. Notverordnung die 18-Jahr-Grenze für Kinderzuschüsse und Waisenrenten wieder einzuführen und eine Elternrente neu zu schaffen. Das Reichsarbeitsministerium hat sich beinahe drei Monate besonnen und dann die Entdeckung gemacht, daß der Verwaltungsrat zu diesem Beschluß, der nicht ohne Wissen des Ministeriums gefaßt worden ist, gar nicht befugt war, weil — der Vorschrift der Notverordnung die Ausführungsbestimmungen fehlten! Daher enthält die Verordnung mit dem merkwürdigen Titel „Ergänzung von sozialen Leistungen" nicht etwa die Genehmigung des Verwaltungsratsbeschlusses, sondern acht Paragraphen Ausführungsbestimmungen.

Der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband hatte in lächerlicher Verkennung der wirklichen Situation von der Bestimmung der 5. Notverordnung an den Beginn „echter" Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung datiert. Er wird das Datum dieses Beginns hinausschieben müssen, zum mindesten bis zum 19. Oktober 1932, dem Tag der „Ergänzungsverordnung", in der die Regierung der Selbstverwaltung gestattet hat, mit der „echten" Selbstverwaltung anzufangen.

Man konnte angesichts dieses gesetzgeberischen Unfugs aber wenigstens noch die Hoffnung haben, daß nun nachträglich der einstimmige Beschluß des Verwaltungsrats vom August zum satzungsmäßigen Beschluß im Sinne der Ergänzungsverordnung erklärt werden könnte. Aber nicht einmal soweit geht noch dem Willen der Regierung die „echte" Selbstverwaltung in der Angestelltenversicherung. Das Ministerium hat es abgelehnt, die Beschlußfassung vom 2. August 1932 als eine solche vom Gesetz geforderte Satzung anzusehen. Es verlangt, daß der Verwaltungsrat noch einmal zusammentritt und seine „Selbstverwaltung" nach den Vorschriften der Reichsregierung exerziert. Wenn das dann nach dem Exerzierreglement geschehen ist und dem Ministerium sonst weiter keine Klagen über das Wohlverhalten der Verwaltungsratsmitglieder zu Ohren kommen, dann wird der Herr Minister sich freundlichst überlegen, welche der noch einmal gefaßten Beschlüsse der — verzeihen Sie das harte Wort — Selbstverwaltung er gütigst genehmigen wird.

Hierzu 2 Beilagen

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal. Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit". / Bezugspreise: Wöchentlich 75 Pf., monatlich 3,25 M. (davon 87 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 3,97 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 5,65 M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 4,65 M. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt besteht kein Anspruch der Abonnenten auf Ersatz. / Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeterzeile 30 Pf., Reklamezeile 1,50 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Rabatt laut Tarif. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Millimeterzeile 25 Pf. Familienanzeigen Millimeterzeile 16 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft, Lindenstr. 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor. / Verantwortlich für Politik: Rudolf Breitscheid; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Herbert Ziegler; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Otto Hengst; sämtlich in Berlin. / Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3.

„Unsere Haupt- und Residenzstadt"

Auch eine Erinnerung zum 9. November

Das Kabinett der Barone kämpft für die Reaktion. Die Berliner haben am letzten Sonntag gezeigt, daß sie gegen die Reaktion sind. Im „Vorwärts" wurde veröffentlicht, was der frühere Kronprinz erstrebt. Wir wollen heute als geeigneten Beitrag zum 9. November den Berlinern berichten, was einst, unter der Monarchie, in ihrer Stadt geschah. Sie mögen dann selbst urteilen, ob sie eine Rückkehr dieser Zustände wünschen oder nicht.

Vor rund 24 Jahren erschien diese „Verordnung wegen Einberufung des Landtags der Monarchie vom 2. Oktober 1908": „Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen usw., verordnen gemäß Artikel 51 der Verfassungsurkunde vom 31. Januar 1850 auf den Antrag des Staatsministeriums, was folgt: Die beiden Häuser des Landtags der Monarchie, das Herrenhaus und das Haus der Abgeordneten, werden auf den 20. Oktober 1908 in Unsere Haupt- und Residenzstadt Berlin zusammenberufen. Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Jagdhaus Rominten, den 2. Oktober 1908. (Siegel) Wilhelm. Fürst von Bülow. von Bethmann-Hollweg. von Tirpitz. Freiherr von Rheinbaben. von Arnim. von Moltke. (Folgen Namen.)"

Wenn man mit den Namen — bis auf die Adelsprädikate, die davor stehen — „Verwechselt das Bäumchen" spielt, könnte diese Verordnung beinahe auch von der Regierung des Herrn von Papen gegengezeichnet sein. Was aber dann nach dem „stenographischen Bericht über die Verhandlungen des Preußischen Hauses der Abgeordneten in der 21. Legislaturperiode der zweiten Session 1908/09" in Berlin geschah, das ist trotz der Sehnsüchte aller Potsdämlichen heute doch nicht möglich. Lassen wir den Bericht über die „Eröffnungssitzung der vereinigten beiden Häuser des Landtags im Weißen Saale des Königlichen Schlosses zu Berlin, Dienstag, den 20. Oktober 1908", sprechen.

Es heißt da: . . . „Seine Majestät der Kaiser und König und die hier anwesenden Prinzen des Königlichen Hauses wohnten dem Gottesdienst in der Schloßkapelle bei und nahmen mit den Obersten Hofchargen dem Altar gegenüber Platz. Rechts vom Altar waren die Staatsminister und das Allerhöchste und Höchste Gefolge, links von dem Altar die Generale, die Wirklichen Geh. Räte sowie die Räte erster und zweiter Klasse mit den Obersten und Regimentskommandeuren plaziert. Die Plätze rechts von Seiner Majestät hatten die Mitglieder des Herrenhauses, diejenigen links und rückwärts (! Red.) von Seiner Majestät die Mitglieder des Hauses der Abgeordneten eingenommen. Nach dem einleitenden Gesang und der Liturgie hielt der Oberhofprediger D. Dryander die Predigt, welcher die Worte der heiligen Schrift (die heilige Schrift wird klein geschrieben! Red.) in Psalm 20 Vers 6: „Wir rühmen, daß Du uns hilfst, und in Deinem Namen werfen wir Panier auf", zugrunde gelegt waren. Nach beendigtem Gottesdienst begaben sich Seine Majestät in Begleitung der Prinzen des Königlichen Hauses nach der Roten Sammetkammer, die Minister nach dem Marinesalon. Im Weißen Saale versammelten sich unterdessen die Mitglieder beider Häuser des Landtags und die anderen Eingeladenen. Erstere nahmen in der Mitte des Saales dem Throne gegenüber, letztere auf der Lustgartenseite in den Nischen unter der Tribüne auf der Kapellenseite Aufstellung. Sobald die Aufstellung im Weißen Saale beendet war, erschienen die Mitglieder des Staatsministeriums unter Vorantritt des Präsidenten des Staatsministeriums, Reichskanzlers Fürsten von Bülow, und ordneten sich links vom Thron. Der Präsident des Staatsministeriums machte nunmehr Seiner Majestät dem Kaiser und König die Meldung, daß alles für die Eröffnung bereit sei. Allerhöchstdieselben erschienen darauf in Begleitung Ihrer Königlichen Hoheiten, der Prinzen, im Weißen Saale, und nahmen, mit dreimaligem, lebhaftem, von dem bisherigen Präsidenten des Herrenhauses, Freiherrn von Manteuffel, ausgebrachtem Hoch von der Versammlung empfangen, vor dem Thron Stellung, während Ihre Königlichen Hoheiten die Prinzen zur Rechten desselben sich aufstellten. Seine Majestät geruhten darauf, aus der Hand des Präsidenten des Staatsministeriums die Thronrede entgegenzunehmen und sodann, das Haupt mit dem Helm bedeckt, wie folgt zu verlesen: „Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags! Ein Jahrhundert ist verronnen, seit Mein in Gott ruhender Vorfahr, Weiland König Friedrich Wilhelm III. . . ."

Es geht weiter: „Sobald die Verlesung der Thronrede beendet war, trat der Präsident des Staatsministeriums wiederum vor und erklärte auf Allerhöchsten Befehl Seiner Majestät des Königs den Landtag der Monarchie für eröffnet. Seine Majestät der Kaiser und König verließen hierauf unter dreimaligem Hoch, welches der bisherige Präsident des Hauses der Abgeordneten, von Kröcher, ausbrachte und in das die Versammlung lebhaft einstimmte, in Begleitung Ihrer Königlichen Hoheiten der Prinzen, huldvoll nach allen Seiten grüßend, den Weißen Saal."

Zwei Stunden später eröffnete dann im Landtagsgebäude in der Prinz-Albrecht-Straße Herr von Kröcher die erste Sitzung mit diesen Worten: „Als Präsident der vorigen Session eröffne ich die Sitzung und bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: „Seine Majestät der Kaiser, unser Allergnädigster König und Herr, Er lebe hoch! Und nochmals hoch! Und abermals hoch! (Das Haus hat sich erhoben und stimmt begeistert in den dreimaligen Hochruf ein.) Von Kröcher fuhr fort: „Meine Herren, das Haus wird den Wunsch haben, aus Anlaß des 50. Geburtsfestes der Kaiserin und der an demselben Tage stattfindenden Vermählung des Prinzen August Wilhelm von Preußen Ihren Majestäten dem Kaiser und der Kaiserin sowie dem Prinzen August Wilhelm und der Prinzessin Braut Glück- und Segenswünsche darzubringen. Ich erbitte Ihre Ermächtigung, zunächst in geeigneter Weise festzustellen, wann und in welcher Form die Herrschaften diese Glückwünsche entgegennehmen wollen." Und hinter dieser Bauchkriecherei steht im stenographischen Bericht das Wort: Bravo!

Bei dem Prinzen, der heute als Prinz Auwi der Reklame-Hohenzoller der Nazis ist, haben die Glück- und Segenswünsche freilich nicht geholfen. Er ist inzwischen von der „Prinzessin Braut" schon lange wieder geschieden. Aber wir haben es jetzt, 1932, erlebt, daß eine gleiche Fürstendienerei bei der Prinzenhochzeit in Koburg sich ereignete. Da sahen wir auf Photographien die Pg. des Auwi, wie sie in strammer Haltung, bezahlte Lakaien, die sie sind, am Autoschlag irgendeiner „Königlichen Hoheit" standen und mit zusammengerissenen Knochen Männchen machten.

Es ist der 9. November. Die Vergangenheit mahnt.

*

Ein Dokument aus der Zeit, da die Byzantiner mit und ohne Adelsprädikat vor Majestäten und königlichen Hoheiten Kotau machten, muß dem Berliner sagen: Das ist endgültig vorbei!

Das Dreiklassenwahlrecht des Wilhelminismus machte solche schändlichen Zustände, machte diese Anbetung der Allerhöchsten in „Unserer Haupt- und Residenzstadt" möglich.

Am Gedenktag des 9. November aber sagt der Berliner: Nie wieder!

Verkehrsstreik vor Sondergericht

Zwei vertagte Verhandlungen

Der Verkehrsstreik findet nun sein Justiznachspiel vor dem Sondergericht. Im Laufe dieser Woche werden täglich Sitzungen abgehalten, um abzuurteilen über diejenigen, die sich zu strafbaren Handlungen hinreißen ließen. Auf „Transportgefährdung" steht als Mindeststrafe ein Jahr Zuchthaus! Nur beim Versuch kann auf Gefängnis erkannt werden.

Zwei solcher Transportgefährdungen, begangen am 4. November, standen bereits gestern zur Verhandlung. Im ersten Falle hatten sich zwei Tiefbauarbeiter, der 55jährige Weidemüller und der 25jährige Gröner zu verantworten. Beide sind seit vielen Monaten arbeitslos. Im anderen Falle war der 22jährige Arbeitslose Schramm angeklagt. Gegen 5 Uhr morgens hatten in der Greifswalder Straße zwei Schupoleute beobachtet, wie sich zwei Männer an den Straßenbahnschienen zu schaffen machten. Zuerst bückten sie sich, dann trampelten sie auf den Schienen herum. Die Beamten riefen „Stehenbleiben", der ältere Mann leistete der Aufforderung Folge, der jüngere lief davon, der Beamte rief: „Halt, ich schieße", und gab einige Schreckschüsse ab; der Flüchtling lief aber weiter und wurde eingeholt. Ein dritter Mann, der Schmiere gestanden haben soll, konnte fliehen. Der ältere Mann hatte in der Tasche Mosaiksteine. Etwa zehn solcher Steine befanden sich in der Straßenrinne, zum Teil fest eingeklemmt.

In der gestrigen Verhandlung bestritt der Aeltere von beiden die Absicht der Transportgefährdung. Er habe aus Solidaritätsgefühl mit den streikenden Straßenbahnern bloß den Verkehr erschweren und die Wagen zum Stoppen bringen wollen. Er habe eben erst mit dem Hineinlegen der Steine in die Schienen begonnen, als er festgenommen worden sei. Der Jüngere behauptete, sich nur gebückt zu haben, weil es der Aeltere getan habe; er habe diesen zufällig in der Greifswalder Straße getroffen. Rechtsanwalt Dr. Beck-Wardan bezweifelte, ob in diesem Falle überhaupt eine Transportgefährdung vorliege, und beantragte die Ladung eines Sachverständigen. Das Gericht gab diesem Antrag statt und setzte die Verhandlung bis Freitag aus.

Der zweite Fall passierte in Treptow. Ein Polizeiwachtmeister stieß gegen 3 Uhr nachmittags auf einen jungen Menschen, als dieser zu einem Haufen Pflastersteine, der quer über die Schienen gelegt war, einen weiteren Stein hinzufügte. Der junge Mensch flüchtete in ein Lokal, wurde hier festgestellt und war geständig. In der Verhandlung erklärte auch er, an eine Transportgefährdung nicht im mindesten gedacht zu haben. Dieses sei am hellichten Tag bei einem 70 Zentimeter hohen Steinhaufen auch gar nicht möglich gewesen, da der Führer die Steine sofort gesehen und den Wagen gebremst hätte. Da der Steinhaufen sich in der Nähe einer Haltestelle befunden habe, so wäre der Wagen ohnehin langsam gefahren. Der Staatsanwalt beantragte in diesem Falle wegen versuchter Transportgefährdung sechs Monate Zuchthaus, die in eine Gefängnisstrafe von neun Monaten umzuwandeln wäre. Rechtsanwalt Dr. Beck-Wardan beantragte Freispruch des Angeklagten, da nach Lage der Dinge eine Transportgefährdung überhaupt nicht beabsichtigt sein konnte, also auch ein Versuch nicht vorläge. Nach fast einstündiger Beratung beschloß das Gericht, auch in diesem Falle einen Sachverständigen zu hören. Die Verhandlung wurde bis Montag ausgesetzt.

Die Vorsicht, mit der das Gericht zu Werke geht, ist zu begrüßen. Heute stehen mehrere Fälle von Transportgefährdung zur Aburteilung, in denen es sich um Steinwürfe in die Straßenbahnwagen handelt. Auch das soll Transportgefährdung im Sinne des Gesetzes sein und würde mit einem Jahr Zuchthaus geahndet. Daß das Gericht vor einer solchen erschwerenden Feststellung eine genaue Prüfung des Sachverhalts vornimmt, ist trotz des Schnellverfahrens sehr notwendig.

Achtung! Hörer!

Heute abend einschalten auf Hilversum!

Heute abend 19.10 Uhr spricht Genosse Paul Löbe über den holländischen Sender Hilversum auf Welle 296 über das Thema

Der 9. November und die Arbeiterschaft.

Der Rundfunkkommissar Scholz hat verboten, daß Genosse Paul Löbe am 9. November auf deutschen Sendern über den 9. November redet. Reichsinnenminister Gayl hat auch auf die Beschwerde des Sozialistischen Kulturbundes hin das Verbot aufrechterhalten. Es bleibt also dabei, daß der Arbeiterschaft das Recht auf den Rundfunk verweigert wird, während die Reaktion ihn fortgesetzt für ihre Zwecke mißbrauchen darf.

Die werktätigen Hörer werden es daher begrüßen, daß der Vortrag Löbes auf dem Wege über den Arbeitersender in Hilversum gehalten wird, und sie werden als Protest gegen die reaktionäre Haltung der deutschen Rundfunkstellen heute abend einmütig Hilversum — Welle 296 — einschalten!

Flugkatastrophe

13 Offiziere getötet

Wie die paraguayanische Oberste Heeresleitung mitteilt, ist im Gran Chaco ein dreimotoriges bolivianisches Militärflugzeug abgestürzt. Dreizehn Offiziere, darunter drei Generäle, fanden dabei den Tod.

Wo man raucht, braucht man „Saba"

Alles könnte der Berliner entbehren, nur nicht seine „Saba ohne". Die braucht er wie das tägliche Brot.

Die Vorfälle im Humboldthain

Sittlichkeitsverbrechen an Schulkindern

Der Zeugenraum im ersten Stock des neuen Kriminalgerichtsgebäudes neben dem Verhandlungssaal 413 ähnelte einer Schulklasse. 20 Mädchen im Alter von 12 bis 14 Jahren waren erschienen, um gegen fünf Männer auszusagen, die sich an ihnen vergangen hatten.

Die Vorfälle im Humboldthain, um die es sich handelt, haben seinerzeit ungeheures Aufsehen erregt. Man sprach in übertriebener Weise von „Kinderprostitution". Was aber damals die Oeffentlichkeit mit Entsetzen vernahm, war nichts im Vergleich mit dem, was man jetzt im Gerichtssaal zu hören bekam. Die Verhandlung wurde zu einer ungeheuren Anklage gegen eine Gesellschaftsordnung, die derartiges möglich werden läßt.

Man stelle sich vor: Auf der Anklagebank fünf Männer im Alter von 63, 58, 54, 48 und 35 Jahren. Die ersten drei vielfach mit Zuchthaus vorbestrafte Sittlichkeitsverbrecher.

Immer wieder fielen ihnen kleine Mädchen zum Opfer.

Man fand aber für diese Menschen keine andere Heilungsmöglichkeit von ihrem unheilvollen Trieb als — das Zuchthaus. Und hatten sie ihre Strafe verbüßt, so wurden sie wieder auf ihre kleinen Opfer losgelassen. So konnten sie jahrelang im Humboldthain ihr Unwesen treiben. Eine gewisse Herta Hecht, die die Zuführerrolle spielte, ist flüchtig. Im Humboldthain sprach es sich aber herum. Es gibt da „Onkels", bei denen man durch kleine Freundlichkeiten einige Groschen und auch noch mehr für Konfekt, Eis und dergleichen sich verdienen kann. Und die Schulkinder, deren Eltern in unmöglichen Wohnungsverhältnissen leben, die gezwungen sind, ihr Liebstes unbeaufsichtigt auf der Straße sich selbst und den Gefahren der Großstadt zu überlassen, fanden Gefallen an dem Treiben der Männer. Sie, die Kinder, ließen sich nicht nur von den Männern verführen, sondern spielten selbst die Verführerinnen, indem sie den „Onkels" zuwinkten oder ihnen zupfiffen, als Aufforderung, ihnen zu folgen. Kann man sich eine schärfere Anklage gegen diese Gesellschaftsordnung denken! Die Jugendfürsorge wird aber an allen Ecken und Enden abgebaut, anstatt sie auszubauen bei der großen Not und dem großen Elend, bei der ungeheuren Versuchung, der gerade jene Kinder anheimfallen, deren Eltern ihnen keinen Groschen Taschengeld zustecken können. Und so gingen die bedauernswerten unbeschützten Kinder von Hand zu Hand. Von einem Angeklagten kamen sie zum andern und waren dem vollkommen sittlichen Verderb preisgegeben. In zwei Fällen sind die Mädchen auch infiziert worden.

Wenn man diese kleinen Mädchen in dem Zeugenraum plaudern und spielen sah und dann hörte, wie sie ihre Erlebnisse vor dem Gericht auspackten, wie sie in raffinierter Weise ihr Alter höher angaben, um den Männern den Verkehr mit ihnen weniger gefährlich erscheinen zu lassen — sie hatten davon in Zeitungen gelesen —, so traute man seinen Ohren nicht. Es ist nun aber einmal so. Die Leute, deren Kindheit und Jugend vor Verführung und Versuchung in der guten Kinderstube geschützt waren, werden von Verwerflichkeit und Laster reden. Diejenigen aber, die wissen, wie es in den Elendsquartieren des Proletariats aussieht, werden aus dieser Verhandlung nur den einen Schluß ziehen:

Der Kampf um die Ausgestaltung der kommunalen und staatlichen Jugendfürsorge muß schärfer und energischer denn je geführt werden.

Das Gericht verurteilte den 63jährigen Artisten, Händler und Tapezierer Eduard Haffke wegen Sittlichkeitsverbrechen an Minderjährigen in elf Fällen zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust, den 54jährigen Techniker Hilarius Dunkel zu 2 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust, den 48jährigen Arbeiter Karl Kistmacher zu 3 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust und den 58jährigen Schneider Hermann Rothe unter Zubilligung mildernder Umstände zu 10 Monaten Gefängnis. Ein Angeklagter wurde freigesprochen.

So das Gericht! Haben die Verurteilten ihre Freiheit wieder, so beginnt ihr Treiben von neuem. Dieses Mal vielleicht nicht im Humboldthain, sondern auf irgendeinem anderen Kindersammelplatz...

Großfeuer im Eckhaus

50 Brieftauben verbrannt

Durch ein verheerendes Großfeuer wurde am Dienstagmorgen der gesamte Dachstuhl des langgestreckten Eckhauses Brückenstraße 13 und Rungestraße in Berlin SO. eingeäschert. 50 wertvolle Brieftauben, die auf einem Bodenverschlag untergebracht waren, verbrannten. Die Feuerwehr war mit einem großen Aufgebot von Löschzügen unter der Leitung des Oberbaurates Meußner und des Oberbrandmeisters Höpfner von der Wache Luisenstadt an der Brandstelle beschäftigt.

Der Brand wurde gegen 3 Uhr bemerkt, als aus den Bodenluken bereits meterlange Flammen hervorschlugen. Als die alarmierten Löschzüge an der Brückenstraße eintrafen, brannte der gesamte Dachstuhl lichterloh. Ueber zwei mechanische Leitern und von den Nachbardächern aus wurden aus sechs Schlauchleitungen gewaltige Wassermengen in das Flammenmeer geschleudert. Trotz aller Bemühungen der Feuerwehr konnte von dem Dachstuhl nichts mehr gerettet werden. Besonders groß ist der Wasserschaden in den Wohnungen der vierten und dritten Etage.

Von der Kriminalpolizei ist eine Untersuchung über die Entstehungsursache des Großfeuers eingeleitet worden. Die Nachforschungen sind aber ergebnislos geblieben, da durch die Gewalt des Brandes alle Spuren restlos vernichtet wurden. Es wird Brandstiftung vermutet.

Brandstifter am Werk

Durch einen Zufall ist gestern nachmittag im Hause Kaiser-Friedrich-Straße 33 in Charlottenburg ein Dachstuhlbrand, der von verbrecherischen Händen angelegt worden war, rechtzeitig entdeckt und im Keime erstickt worden. Gegen 15 Uhr bemerkten Hausbewohner der oberen Stockwerke auf dem Treppenflur Brandgeruch. Als kurz darauf aus der Bodentür stickiger Qualm hervordrang, wurde die Charlottenburger Feuerwehr alarmiert. Der Löschzug traf gerade noch rechtzeitig genug ein, um die Flammen, die sich bereits auf mehrere Bodenkammern ausgebreitet hatten, schnell einzudämmen und zu löschen. Bei der Untersuchung wurde einwandfrei Brandstiftung festgestellt. Der oder die Täter hatten Papier und Lumpen aufgehäuft und mit einer leichtbrennbaren Flüssigkeit, vermutlich Benzin, übergossen. Es wurde eine Flasche gefunden, die noch einen winzigen Rest Benzin erhielt. Die Kriminalpolizei hat die weiteren Ermittelungen aufgenommen.

Die Villa in Wannsee

Schlupfwinkel einer Betrügerfamilie

Seltsame Gäste beherbergte vier Wochen hindurch eine Villa in der Hohenzollernstraße 22 in Wannsee. Ein aus Wilna gebürtiger 45 Jahre alter Kommissionär Fritz Simon hatte mit seiner fünfköpfigen Familie das Haus gemietet und ist jetzt nach Hinterlassung einer großen Schuldensumme geflüchtet. Gegen Simon ist Betrugsanzeige erstattet worden.

Die Villa in der Hohenzollernstraße in Wannsee war schon seit geraumer Zeit zu vermieten. Sämtliche Räume waren möbliert. Anfang Oktober d. J. meldete sich bei dem Inhaber des Hauses, einem bekannten Berliner Gaststättenunternehmer, ein angeblicher Holländer und mietete die Villa. Die Familie Simon engagierte eine ganze Anzahl Hausangestellte, auch einen Hauslehrer für die vier Söhne, die im Alter von 12, 14, 18 und 20 Jahren stehen und machte große Einkäufe, ohne jedoch an eine Bezahlung zu denken. Man trieb einen großen Aufwand, erzählte, daß man aus Scheveningen gekommen sei und auch von dort in Kürze das Automobil erwarte, das zur Vervollständigung des Aufwandes noch fehlte. Das Auto kam jedoch nicht. Simon erteilte indessen zahlreichen Handwerkern in Wannsee Aufträge verschiedener Art, kaufte einen großen Radioapparat, ohne zu zahlen, gab auch den Hausangestellten kein Geld, und betrog noch eine ganze Anzahl von Lieferanten, die alle um ihr Geld kamen.

Am 1. November verschwanden die Simons aus der Villa; sie hatten sich die Schlüssel des Hauses eingesteckt und verließen es, als wollten sie Einkäufe machen. Von da fehlt jede Spur von den Leuten.

Wohltätigkeitskonzert des Symphonie-Orchesters der Schutzpolizei Berlin. Das Symphonie-Orchester der Schutzpolizei Berlin veranstaltet auch in diesem Jahre wieder mehrere Wohltätigkeitskonzerte. Das erste Konzert findet am Freitag, 18. November 1932, 20 Uhr, in der Staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Fasanenstraße 1, statt. Der Reinertrag dieses Wohltätigkeitskonzerts fließt restlos der Berliner Winterhilfe zu.

Tragödie im Kanal?

Eine junge Deutsche vermißt

Eine 22jährige Deutsche, Anneliese Müller, die mit ihrem Faltboot vor kurzem aus Hamburg in Calais eingetroffen war, hat am Freitag Calais in Richtung London verlassen. Seit ihrer Abfahrt, die heimlich erfolgte, fehlt jede Nachricht von der jungen Deutschen. Der Hafenkommandant von Calais ist erst durch ein Telegramm aus England, in dem um Auskunft über den Verbleib von Fräulein Müller gebeten wurde, über die Sache unterrichtet worden.

Republikanisches Herbstfest

Wie alljährlich, findet am Sonnabend, dem 19. November, das Republikanische Herbstfest des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold Berlin-Kreuzberg im Berliner Konzerthaus „Clou", Mauerstr. 82, statt. Die Festansprache hält Reichstagsabgeordneter Kamerad Paul Löbe. Ein großes Programm sorgt für Unterhaltung. Ende des Festes morgens 5 Uhr. Karten zum Preise von 0,75 M. nur im Vorverkauf bei den Funktionären und im Gaubüro.

Die Maschine im Handwerk

Handwerkskammer stellt Gesellenstücke in der Funkhalle aus

In der großen Funkhalle am Kaiserdamm hat die Berliner Handwerkskammer eine unentgeltlich zu besichtigende Ausstellung von Gesellenprüfungsarbeiten eröffnet, die sehr interessant ist. Abgesehen davon, daß fast alle Berufe vertreten sind, so daß also die Besucher auch die ihnen am nächsten liegenden Arbeiten von Grund auf zu beurteilen vermögen, bietet die Ausstellung so viele wirklich hervorragende Arbeiten, daß einem um den Nachwuchs unserer Handwerker nicht bange sein braucht.

Gewiß, was die Natur dem Jungen nicht mitgegeben hat — offenen Blick, Ueberlegungs- und gehörige Denkfähigkeit, Einfühlungsvermögen, Gefühl für die Form und den Werkstoff — das kann ihm auch die beste Lehre und der beste Meister nicht beibringen. Wo aber gewisse Prüfungsmethoden den zukünftigen Handwerker das für ihn richtige Handwerk finden halfen, da wird der Junge auch das richtige und für sein späteres Fortkommen nötige erlernen. Dabei soll durchaus festgestellt werden, daß die so viel gelobte psychisch-technische Prüfung nicht der Weisheit letzter Schluß ist.

Die Metallindustrie ist, entsprechend ihrem Umfang in Berlin, am stärksten vertreten. Die Gesellenstücke der Werkzeugmacher beweisen einen hohen Grad der Ausbildung und der Arbeitsmethoden in den einzelnen Betrieben. Wenn dabei die Lehrlingsausbildungswerkstätten der großen und größten Betriebe mit besonders raffinierten und schwierigen Stücken, fast möchte man sagen, paradieren, so liegt das nicht nur an der maschinellen Ausrüstung dieser Werkstätten, sondern auch daran, daß in kleinen „Buden" gar nicht das Bedürfnis nach so komplizierten Werkstücken besteht. Man sieht die Schnitte und Stanzen, Drehbankteile (Teilköpfe, Supporte) und Vorrichtungen, die einem erwachsenen, werkstatterfahrenen Arbeiter alle Ehre machen würden. Selbstverständlich sind die Gesellenstücke unter Zuhilfenahme aller vorhandenen, arbeitsparenden Werkzeugmaschinen, wie Hobel- und Fräsmaschinen, hergestellt, das ist gut so, denn die Zeiten sind vorbei, wo in einem kleinen Betriebe eine Hobel- oder Chapingmaschine eine Seltenheit war. Nur hat man früher, wo fast alles mit der Hand gefeilt werden mußte, mehr darauf gesehen, daß der Lehrling auch wirklich einen „geraden Strich" feilen lernte, während das jetzt vielleicht nicht mehr so zum Ausdruck kommt. Als der Schreiber dieses lernte, da war bei seinem Lehrmeister das Schmirgelpapier zum Glattmachen einer gefeilten Fläche absolut verpönt. Der „gerade Strich" mußte mit der feineren Feile, der Schlichtfeile, hergestellt sein, solange das Werkstück sich noch im Rohbau befand. Schmirgelpapier wurde nur zum Polieren gebraucht. Auch die ausstellenden Dreherlehrlinge haben oft zum Schmirgelpapier ihre Zuflucht genommen, wenn der Drehstahl nicht eine absolut saubere Fläche am Werkstück hervorbrachte. Doch vielleicht ist man früher in der Beobachtung solcher handwerklicher Feinheiten etwas zu weit gegangen — geschadet hat es aber dem Lehrling bestimmt nicht. Auf jeden Fall lernen heute die Lehrlinge auch den Gebrauch aller Werkzeugmaschinen, so daß sie diesen Apparaten nicht hilflos gegenüberstehen, wenn sie die Lehre bei dem kleinen „Krauter" verlassen und in den Großbetrieb kommen.

Neben den rein handwerklichen Fähigkeiten verraten viele Arbeiten der Kunst- und Bauschlosser künstlerische Begabung des Ausführenden. Wahre Prachtstücke von Kunstschmiedearbeiten sind ausgestellt, bei den Mechanikern und Optikern sieht man Meisterstücke der Feinmechanik. Nur schade, daß gerade in der Feinmechanik, der Berufsart, die man früher zu den kunstgewerblichen rechnen wollte, heute die Elektrotechnik überragt, die alles billig und in großen Massen herstellen muß und dabei den Arbeiter als Handwerker verdirbt. Gepreßte, gestanzte, gegossene Teile werden so wie sie aus der Maschine kommen, zusammengestellt und bleiben so, bis ein anderes, neues Stück ihre Funktion übernimmt. Fast ist es so, daß der im elektrotechnischen Betrieb Beschäftigte nur deswegen gelernt haben muß, damit er mit den Akkordlöhnen zurechtkommt. Der Gelernte beherscht eben die Handhabung des Werkzeuges besser als der Ungelernte, wenn er auch mit diesem Werkzeug kaum eine handwerkliche Tätigkeit ausübt. Unzweifelhaft wird dadurch die Arbeit als Handwerk degradiert.

Diese Gedankengänge sind deshalb angebracht, weil es sich um eine Ausstellung der Handwerkskammer handelt. So ist es auch — theoretisch gesehen — ein Widerspruch in sich, daß die Ausstellung eine Nebenabteilung „Die Maschine im Handwerk" beherbergt. Handwerk schafft Handarbeit, die Maschine soll als Helfer willkommen sein, als Selbstzweck angewandt verschleiert sie die manuellen Fähigkeiten des Handwerkes, beseitigt sie vielleicht ganz.

Doch der Zug der Zeit geht zur Maschine; wo dabei der Arbeiter als echter, richtiger Handwerker zu kurz kommt, wird sich (nein, hat sich schon!) ein neues Geschlecht der Maschinenhandwerker herangebildet.

Die Ausstellung bleibt noch bis zum Sonntag einschließlich geöffnet.

In wenig Worten

Der internationale D-Zug 131 Paris—Amsterdam ist bei Wuyffinghen 15 Kilometer südlich von Brüssel entgleist. Personen sind nicht verletzt worden, dagegen wurden Wagen beschädigt.

*

In der Nacht zum Dienstag brannten in Apenrade (seit 1920 zu Dänemark) vier Wohnhäuser ab. Die Bewohner konnten wenig von ihrer Habe retten.

*

Nach Unterschlagung von 30 000 Mark ist der 41 Jahre alte Expedient Richard Kant aus Aue im Erzgebirge flüchtig geworden. K. war bei dem Siedlerverein „Eigene Scholle" tätig und lebte in Mylau im Vogtland. Während seiner Tätigkeit bei der Baugesellschaft unterschlug er 30 000 Mark. Als seine Machenschaften bei einer Revision herauskamen, flüchtete er nach Zwickau, um dann weiter zu reisen. Man vermutet, daß er Berlin aufsuchen wird.

*

In dem Betrugsprozeß gegen Frau Jürgens beantragte der Staatsanwalt neun Monate gegen die Angeklagte. Das Gericht beschloß, die Verhandlung bis Mittwoch auszusetzen. Das Urteil wird Mittwoch Mittag verkündet.

*

Wegen gewerbsmäßiger Eisenbahndiebstähle auf den Bahnhöfen Pankow, Tempelhof, Potsdam und dem Verschiebebahnhof Seddin, wo sie plombierte Eisenbahnwaggons erbrachen, verurteilte das Potsdamer Schöffengericht den polnischen Staatsangehörigen Joseph Stefanias aus Berlin zu drei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust. Sein Mitkomplice, ein gewisser Leuchtenberg aus Berlin erhielt vier Jahre Zuchthaus und fünf Jahre Ehrverlust.

*

In der Nacht zum Dienstag hat sich in der Kaserne des 7. Bayerischen Pionier-Bataillons in München ein schwerer Unfall ereignet. Ein Gefreiter dieses Bataillons wurde vom Kasernenposten für einen Einbrecher gehalten und nach mehrmaligem Anruf, auf den keine Antwort erfolgte, durch einen Schuß schwer verletzt. Der Gefreite ist noch in der Nacht seinen Verletzungen erlegen.

Von Gärgasen getötet

Im Weinkeller umgekommen

Koblenz, 8. November.

Am Sonntagabend wollte in Hatzenport ein in den 40er Jahren stehender Winzer aus seinem Keller zum Abendbrot Wein holen. Als er nach längerer Zeit nicht zurückkam, suchte die 70 Jahre alte Mutter nach ihm. Als sie in den Keller kam, fand sie ihren Sohn von den am Boden befindlichen Gärgasen überrascht und bewußtlos niedergesunken vor. Die Mutter beugt sich über den Vergifteten, um ihn ins Freie zu schaffen. Bei diesem Versuch ist sie offenbar auch von den Gasen betäubt worden; denn als am Montagmorgen im Hause des Winzers noch Licht brannte, entdeckte man Mutter und Sohn tot im Keller.

Verbot der Freidenker?

Der Deutsche Freidenkerverband soll verboten werden! Gegen diesen Streich wendet sich die gesamte sozialistische Arbeiterschaft in einer großen Protestkundgebung am Montag, dem 21. November, 20 Uhr, im Sportpalast Potsdamer Straße 72. Es sprechen bekannte Vertreter der freigeistigen Verbände und der Sozialdemokratischen Partei.

Familientragödie

Frau und drei Kinder vergiftet

Haag, 8. November.

In dem Haager Vorort Wasenaar spielte sich gestern eine Familientragödie ab, der vier Menschenleben zum Opfer fielen. In der Küche ihrer Wohnung wurde eine Frau, die erst vor einigen Tagen aus dem Sanatorium entlassen worden war, mit ihren drei Kindern tot aufgefunden. Sämtliche Gashähne waren geöffnet. Der im Nebenzimmer schlafende Ehemann hat von der traurigen Tat nichts gemerkt.

Kein Verfahren gegen Wirtschaftsverein

Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat das aus Anlaß der Zahlungseinstellung des Beamtenwirtschaftsvereins zu Berlin, e. G. m. b. H., eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen die Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrates der Genossenschaft eingestellt, da die eingehende Nachprüfung der Geschäftsvorgänge keinen Anlaß zu einem strafrechtlichen Einschreiten gegen die mit der Leitung der Genossenschaft betrauten Personen gegeben hat. Insbesondere ist der Vorwurf, daß Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder unmittelbar vor der Zahlungseinstellung ihre Sparguthaben abgehoben und in Sicherheit gebracht hätten, durch die Ermittlungen nicht bestätigt worden.

Johann Karle, einer von der alten Garde, ist nach langer Krankheit am Sonnabend, dem 5. November, gestorben. Genosse Karle war jahrelang Viertelsführer und nach der Revolution zweiter Vorsitzender des Ortsvereins Neukölln. In den letzten Jahren mußte er infolge Krankheit dem Parteileben fernbleiben, doch blieb er mit der Partei innig verbunden. Die Neuköllner Parteiorganisation wird ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. Die Einäscherung findet am Donnerstag, 16½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Das Volksbildungsamt Treptow hat für den Winter 1932/33 folgende Veranstaltungen vorgesehen: Sonnabend, den 19. November 1932, Sinfoniekonzert des Berliner Philharmonischen Orchesters; Sonntag, den 4. Dezember 1932, Opernabend; Anfang Januar 1933: Kammermusikabend, ausgeführt von Mitgliedern des Berliner Philharmonischen Orchesters; Anfang Februar 1933: Operettenabend; Anfang März 1933: Tanzabend; Anfang April 1933: Sinfoniekonzert (Neues Bach-Orchester). Der Preis für alle sechs Veranstaltungen ist im Abonnement 2 M. Vorverkauf bei Bader, Oberschöneweide, Wilhelminenhofstr. 17; Voges, Baumschulenweg, Baumschulenstr. 100; Staffelot, Berlin-Treptow, Rathaus, Neue Krugallee 246, Zimmer 80, und in den Büchereien.

„Deutsche Gartenbauausstellung Berlin 1933." Unter Mitwirkung des Reichsverbandes des Deutschen Gartenbaues, der Deutschen Gartenbau-Gesellschaft und des Verbandes der Deutschen Blumengeschäftsinhaber wird in der Zeit vom 20. bis 28. Mai 1933 in der großen Ausstellungshalle I am Kaiserdamm eine „Deutsche Gartenbauausstellung" abgehalten.

Berlin, die Stadt der Hochschulen. Zu unserem Beitrag über die in Berlin bestehenden Hochschulen teilt uns ein Leser mit, daß noch das Staatliche Berufspädagogische Institut, das der akademischen Ausbildung der Gewerbelehrer (Lehrer an den Berufsschulen) dient, Recht auf Erwähnung hat. Es hat denselben Rang wie die pädagogischen Akademien, die der Ausbildung der Volksschullehrer dienen.

Zweiter Sonderzug nach Hamburg. Der am kommenden Sonnabend / Sonntag, 12. / 13. November, vorgesehene Sonderzug nach Hamburg ab Berlin, Lehrter Bahnhof, 13.35 Uhr, ist bereits ausverkauft. Infolge der starken Nachfrage nach dieser Wochenendfahrt hat sich die Reichsbahndirektion Berlin entschlossen, am gleichen Tage noch einen zweiten Sonderzug nach Hamburg verkehren zu lassen. Dieser Zug wird ab Lehrter Bahnhof 14.04 Uhr fahren.

Wie wird das Wetter?

In Berlin: Dieses, zeitweise aufheiterndes Wetter mit wenig geänderten Temperaturen. — **In Deutschland:** Im Nordwesten des Reiches anfangs noch trübe mit leichten Regenfällen. Im übrigen Deutschland vorwiegend trocken und diesig, aber zeitweise aufheiternd. Westlich der Elbe vielfach leichte Nachtfröste. Am Tage überall ziemlich mild.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind Berlin SW 68, Lindenstraße 3 stets an das Bezirkssekretariat 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

7. Kreis. Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Erwerbslosenzusammenkunft im Heim Rosinenstr. 4. Aussprache über Erwerbslosenkollektiv.

8. Kreis. Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung und Revolutionsfeier in Kochs Festsälen, Feldstr. 32. Referent: Max Westphal.

11. Kreis. Donnerstag, 10. November, 16 Uhr, Zusammenkunft aller erwerbslosen Parteimitglieder bei Will, Martin-Luther-Str. 49. Musikalische Darbietungen. Referat des Genossen Ladwirat-Paris: Das zeitgenössische Frankreich. Der Kursus Dr. Franz Neumann: „Demokratie und Diktatur" beginnt wegen Verhinderung des Referenten erst am Donnerstag, dem 17. November.

14. Kreis. Heute, 15 Uhr, Zusammenkunft erwerbsloser Parteimitglieder im Heim Kanner Straße 42, Vortragssaal.

18. Kreis. Donnerstag, 10. November, 15 Uhr, Erwerbslosenzusammenkunft in der Aula des Lyzeums Weißenseer, Pistorius- Ecke Parkstraße. 9. November 1918 bis 1932. Referent: Dr. Hans Cohn.

20. Kreis. Donnerstag, 10. November, Zusammenkünfte erwerbsloser Parteimitglieder an folgenden Stellen: 15 Uhr Reinickendorf-Ost, Schule Hoppestraße. Referent: Heinz Löwi. Reinickendorf-West 15 Uhr Außenspielplatz. Referent: Paul Bernstein. Wittenau 16 Uhr im Jugendheim Neue Schule. Referent: Dr. Wilhelm Lewinski. Tegel 15 Uhr Jugendheim Tegel, Schönberger Str. 3. Referent: Hans Marx. Thema in allen Zusammenkünften: 9. November 1918 bis 1932.

21. Abt. Heute Zahlabend in den bekannten Lokalen.

32. Abt. Zahlabende am 9. November fallen aus.

35. Abt. Die Zahlabende am 9. November fallen aus.

38. Abt. Die Zahlabende am 9. November fallen aus. Die Parteimitglieder beteiligen sich dafür um 20 Uhr an der Revolutionsfeier der SAJ. im Jugendheim Tilsiter Str. 4—5.

46. Abt. Die Zahlabende fallen heute aus.

53. Abt. Heute Zahlabende in den bekannten Lokalen.

67. Abt. Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Wurzbacher. Arbeitsdienstpflicht. Wahlrefuiate. Referent wird in der Versammlung bekanntgegeben.

72. Abt. Heute Mitgliederversammlung bei Rosenau, Laubacher Ecke Barziner Straße. Nach den Wahlen. Referent: Erich Huhn.

82. Abt. 8. Bezirk, Zahlabend. Heute bei Thiel, Birkbusch- Ecke Siemensstraße. Referent: Stadtrat Albert Herlitz. Historischer Materialismus.

85. Abt. Donnerstag, 10. November, Zahlabende der Bezirke 1, 2 und 12 bei Pinger, Dorfstr. 50.

88. Abt. Heute Zahlabend in der Schule Naunstraße.

90a. Abt. Heute, 20 Uhr, Zahlabende in den bekannten Lokalen. Verfassungsfragen sind Machtfragen.

103. Abt. Die Zahlabende am 9. November fallen aus.

119. Abt. Heute fallen die Zahlabende aus, dafür findet später eine Mitgliederversammlung statt, zu der noch besonders eingeladen wird.

128. Abt. Heute Revolutionsfeier im Gesellschaftshaus, Berliner Str. 102. Musik, Chor, Spieltruppe, „Der Querschnitt", Ansprache: Emil Barth. Buchkontrolle. Donnerstag, 10. November, 20 Uhr, Funktionärsitzung bei Fulda.

132. Abt. Heute, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Klug, Dorfstr. 2.

143. Abt. Nächste Versammlung 16. November bei Schmischke, Weitmannstr. 4.

Eichwalde. Mittwoch, 9. November, pünktlich 20 Uhr, Mitgliederversammlung.

Frauenveranstaltungen.

20. Kreis. Wir bitten alle Genossinnen, recht zahlreich an dem Kursus des Genossen Dr. Salomon Schwarz: „Probleme des wirtschaftlichen Aufbaus in Deutschland und Rußland" teilzunehmen. Beginn Freitag, 11. November, 19½ Uhr, im Jugendheim Reinickendorf-West, Scharnweberstraße. Außenspielplatz. Hörgebühr für 6 Abende 1,50 M.

Sozialistische Studentenschaft.

Ortsgruppe Berlin.

Generalversammlung der Ortsgruppe am Donnerstag, dem 10. November, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer. Tagesordnung: 1. Die Aufgaben der Sozialdemokratie nach den Wahlen. Referent: Genosse Kurt Heinig, M. d. R. 2. Geschäftsbericht. Referent: Genosse Ludwig Baum. 3. Kassenbericht. Referent: Dr. Ernst Kehler. 4. Neuwahl des Vorstandes. 5. Die Aufgaben im Wintersemester und Verschiedenes. Mitgliedskarten als Ausweis sind mitzubringen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde.

Mitte. Abt. Ernst Toller. Heute, 18 Uhr, Revolutionsfeier im Heim Elisabethkirchstr. 19. Alle Falken pünktlich erscheinen.

Kreuzberg. Abt. Reichenberger Viertel. Heute, Mittwoch, kommen alle Rote Falken, Jungfalken und Roteifalken ab 16 Uhr im Heim Reichenberger Straße zusammen. — **Alle Abteilungskassierer** treffen sich Freitag, von 13—14 Uhr, mit Frieda Schmidt an bekannter Stelle.

Charlottenburg. Heute, 17 Uhr, Falkenvollversammlung. Anschließend Revolutionsfeier im Heim Rosinenstraße. Alle Falken erscheinen in Falkentracht.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

43. Abt. Am 5. November verstarb plötzlich unser langjähriger treuer Genosse Alfred Ende, Reichenberger Str. 90. Die Einäscherung findet am Mittwoch, dem 9. November, 15½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt. Um rege Beteiligung wird gebeten.

93. Abt. Am 1. November ist unser Genosse Bruno Mühlenbeck, Richardstraße 35, an den Folgen seines Kriegsleidens verstorben. Ehre seinem Andenken. Die Bestattung hat bereits stattgefunden.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 2, vorn 1 Treppe rechts.

Singekreis der Arbeiterjugend! Probe morgen, Donnerstag, im Heim Rosinenstr. 4.

Proletarisches Orchester der SAJ. Bunter Abend 19. November, 19 Uhr, im Gesellschaftshaus Pankow, Berliner Str. 102. Eintrittskarten zu 50 Pf. sind im Sekretariat erhältlich.

Heute, Mittwoch, 9. November, 20 Uhr:

Gesundbrunnen (R.-F.): Koloniestr. 22. Revolutionsfeier. — **Andreasplatz** I: Brommstr. 1. Gedanken der Revolution. — **Andreasplatz** II: Brommstr. 1. Revolutionsfeier. — **Boltenplatz:** Tilsiter Str. 4—5. Revolutionsfeier mit den Parteigenossen. — **Frankfurter Viertel:** Frankfurter Allee 307. Mitgliederversammlung. — **Petersburger Viertel:** Ebertystr. 12. Revolutionsfeier. — **Warschauer Viertel** (R.-F.): Litauer Str. 16. Revolutionsfeier. — **Spandau:** Gesamtgruppe. Revolutionsfeier der Partei. — **Wannsee:** Restaurant Lindenhof, Heimabend. — **Adlershof:** Bismarckstr. 1. Revolutionsfeier. — **Bohnsdorf und Falkenberg:** Wachtelstr. 1. Mitgliederversammlung. — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 80. Revolutionsfeier. — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweberstr. 23. Revolutionsfeier. — **Neu-Lichtenberg:** Guntherstr. 44. Revolutionsfeier. — **Lichtenberg-Nord:** Guntherstr. 44. 10-Minuten-Referate. — **Mahlsdorf:** Melanchthonstraße 63. Revolutionsfeier.

Werbebezirk Tiergarten: Beteiligung an der Revolutionsfeier der 13. Abteilung um 19½ Uhr in den Arminiusfälen, Bremer Str. 70.

Werbebezirk Neukölln: Vorstandssitzung um 19½ Uhr im Parteibüro. „Der Querschnitt" trifft sich 20 Uhr pünktlich Offstraße.

*

Werbebezirk Westend: Morgen, Donnerstag, Mitgliederversammlung um 20 Uhr in Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Genosse Abramowitsch spricht über „Rußland".

REKORD

Durch den Verkehrsstreik konnten 100 000 de die Vorteile dieser Groß-Veranstaltung nicht wahrnehmen. Um allen die Möglichkeit zu geben, das Versäumte nachzuholen, haben wir uns entschlossen, diesen Verkauf zu verlängern. Nutzen Sie diese Gelegenheit restlos aus. Die Sortimente sind unverändert groß. Einige Beispiele:

Herrensocken moderne Jacquardmuster, solide Qualität Paar ..... Pf. 38	Handschuhe gestrickt, für Damen, Wolle plattiert, farbig oder schwarz. Paar Pf. 68	Oberhemden weiß, mit guten Seidenglanz-Popeline-Einsätzen M. 1.75	Köper-Velvet die große Mode für Herbst und Winter, viele Farben, Meter M. 2.75
Handtücher Reinleinen ca. 46x100 cm, grau mit weißen Streifen, Stck. Pf. 38	Flamengo- Tweed für das warme Winterkleid, reiche Auswahl. Meter ... Pf. 88	Kinderkleider nett gemusterter Waschsamt mit weißem Kragen, Größe 45 (Steigerung 0.25) ... M. 1.75	Knickerbocker englisch gemusterte tragfähige Stoffe, doppeltes Gesäß ... M. 3.75
Vorhangstoff in schönen Pastellfarben, ca. 120 cm breit, ... Meter Pf. 68	Bouclé-Noppé gediegene warme Qualität, in netten Mustern, doppelt breit Meter ..... M. 1.38	Mantelstoffe Velour oder Diagonal, schwere Winterqualität, ca. 140 cm breit ..... Meter M. 2.75	Spitzendecke mit Einsatz, Spitze und Lochstickerei reich garniert, ca. 120x160 cm M. 3.75

zu KARSTADT

U-BAHNHOF HERMANNPLATZ • DER KARSTADT-BAHNHOF

Die Wahrheit über den Benzinpreis

Nach wie vor Interessentenskandal — Her mit dem staatlichen Monopol!

Als kürzlich auch der ADAC. in öffentlichen Versammlungen gegen Monopolpreise protestierte, mußte sich der Laie wundern. Protestierte der ADAC. etwa gegen die Monopolpreise des Benzinkartells? Weit gefehlt, gegen die der Reichsbahn! Hier war mit geschickter Regie wieder einmal sehr einfach der Staat zum Sündenbock gemacht worden. Die monopolistischen Benzininteressenten waren dessen sehr zufrieden. Was ist die Wahrheit?

Der deutsche Benzinpreis ist ein „Gemisch" aus Interessentenwünschen und Subventionswirtschaft, wie es schlimmer nicht gedacht werden kann. Die Interessenten sind IG.-Farben für Leuna-Benzin, die deutsche Erdölproduktion, der Ruhrbergbau für Benzol, die Großagrarier für Spiritus und die Benzinimporteure.

Sie alle haben ihren Anteil am Benzinpreis, den der deutsche Kraftfahrer zahlen muß. Daß die volkswirtschaftlich überaus wichtige Kraftverkehrswirtschaft bei so vielen Nutznießern übermäßig belastet wird, ist kein Wunder. Sehen wir einmal die einzelnen Teile dieses Interessentengemischs von deutschem Benzinpreis etwas näher an. Da ist zunächst

der deutsche Benzinzoll.

Er machte bis Frühjahr 1931 5,81 M. je 100 Liter Benzin aus; dann wurde er auf 9,68 M., am 29. Mai 1931 sogar auf 16,23 M. je 100 Liter erhöht. Warum diese plötzliche und gewaltige Erhöhung? Weil die IG.-Farben, die deutsche Erdölproduktion, der Ruhrbergbau ein Profit-, das heißt Subventionsinteresse daran hatten. Als die IG.-Farben mit ihrer Kohleverflüssigung hervortraten, als die deutschen Erdölvorkommen als abbauwürdig erschienen, da erfand man auch hier das Argument der Autarkie. Und wo es sich um die „Planwirtschaft der Dummen" handelt, da darf auf Verbraucherkosten ja auch der unrentabelste Schornstein profitabel rauchen!

Jedenfalls hat man im Jahre 1931 die Kraftverkehrswirtschaft mit einer Zollsumme von rund 150 Millionen Mark zusätzlich belastet. Eine Erziehungszollwirkung ist kaum wahrscheinlich: Die IG.-Farben produzieren seit Jahren, entgegen allen Prophezeiungen, etwa 100 000 Tonnen und werden in absehbarer Zeit diese Produktionsziffer kaum überschreiten. Immerhin zahlen sie statt des Zolles von 16,23 M. nur eine Ausgleichsabgabe von 0,75 M. je 100 Liter (vor dem 1. Oktober noch weniger!), und das macht eine Steuersubvention von rund und nett 20 Millionen Mark jährlich.

Einfach skandalös sind die Sondergewinne des Ruhrbergbaus

durch den Zoll und die niedrige Ausgleichsabgabe. Vor dem Kriege kosteten 100 Liter Benzol 16 M., heute etwa 48 bis 49 M. Die Sondergewinne des Ruhrbergbaus aus diesem Nebenprodukt zu Lasten des Kraftverkehrs sind auf mindestens 50 Millionen Mark zu schätzen.

Es gibt für die Reichsregierung keine Entschuldigung dafür, daß die Ausgleichsabgabe für Benzol nicht ganz bedeutend erhöht wird. Hier ist eine bedeutende Einnahmequelle für das Reich, die nicht genutzt wird, weil die Regierung mächtige Interessentengruppen offen begünstigt.

Sollen die Großagrarier fehlen, wo die Großindustrie so festlich auf anderer Leute Kosten tafeln darf? Die Spritbeimischung zum Treibstoff ist jetzt glücklich auf 10 Proz. erhöht worden, damit man den Brennereien möglichst viel von ihrem Kartoffelsprit möglichst teuer abnehmen kann. Zusätzliche Kosten für Kraftverkehrswirtschaft jährlich wieder runde 50 Millionen Mark.

Und nun zu den Benzin-Importeuren.

Sie haben in letzter Zeit die Oeffentlichkeit geradezu überschüttet mit Kalkulationen, die beweisen sollen, daß sie auch bei den heutigen Preisen noch zusetzen, zum mindesten nichts verdienen. Diese Rechnungen geben sich den Anschein großer Genauigkeit, nur sind sie alle verschieden, das heißt auch bei kleinen Differenzen sehr viel: ein Pfennig je Liter macht nämlich bei einem für 1932 auf 1,65 Milliarden Liter geschätzten Absatz schon 16,5 Millionen Mark aus.

Da ist zum Beispiel die Spritbelastung, die bei der Erhöhung der Beimischung von 6 auf 10 Proz. den Benzinpreis um zwei Pfennig verteuert haben soll. Das ist schon falsch. So berechnet eine sehr genaue, von Interessenten anerkannte Darstellung („Kölnische Zeitung" vom 4. Oktober) die gesamte Belastung bei 10prozentiger Beimischung auf 3,2 Pfennig je Liter, die Verteuerung ab 1. Oktober auf 1,3 Pfennig. Dazu müsse man einen Pfennig für neue Anlagen, Mischeinrichtungen usw. rechnen, die bisher infolge des scharfen Wettbewerbs nicht angerechnet worden seien. Uns werden aber die gesamten neuen Anlagekosten von Interessentenseite auf etwa eine Million Mark angegeben — das sind noch nicht ein sechzehntel Pfennig je Liter! Sie spielen also in Wahrheit keine Rolle. Die Verteuerung durch die erhöhte Beimischung stellte sich tatsächlich auf 1,3 Pfennig; die Benzinkonvention hat sich dafür 2 Pfennig berechnet — das sind 0,7 Pfennig je Liter oder 11,5 Millionen Mark jährlich auf den Gesamtverbrauch zuviel!

Kleinigkeiten? Eben nicht!

Wenn die Verteilungskosten innerhalb Deutschlands einmal mit 3 Pfennig, dann mit 3,7 Pfennig, ein drittes Mal mit 4 Pfennig, wenn die Provisionen für die Tankstellenhalter einmal mit 4, ein andermal mit 5 Pfennig angegeben werden, so zeigt das nicht nur einen sehr bedingten Wert dieser Rechnungen, sondern spricht auch nicht für ein gutes Gewissen. Aber eine andere Aufstellung beweist schlagend, daß

die jetzigen Benzinpreise tatsächlich zu hoch

sind. In den fünf Jahren von 1925 bis 1929 betrug der durchschnittliche Preisunterschied zwischen dem amerikanischen Ausfuhrpreis und dem Berliner Preis 12,95 Pfennig je Liter. Im Jahre 1930 (erste Benzinkonvention!) ist die Spanne stark gestiegen, im Jahre 1931 erheblich unter den Durchschnitt gesunken. Heute ist die Spanne (unter Berücksichtigung aller Belastungen) mit 13,12 Pfennig höher als im Durchschnitt 1925 bis 1929; setzt man den deutschen Durchschnittspreis für Benzin an, so macht die Spanne sogar 14,12 Pfennig aus. Wer wollte behaupten, daß heute eine höhere Spanne als in den Jahren 1925 bis 1929 gerechtfertigt sei?

Und selbst wenn die Importgesellschaften heute nichts verdienten, so sind die Zustände durch ihren Konkurrenzkampf unhaltbar geworden. Das

Tankstellen- und Pumpennetz

ist zugegebenermaßen stark übersetzt. Das bedeutet, daß alle Verteilungskosten wegen ihres „fixen" Charakters zu hoch sind. Wenn eine Pumpe durchschnittlich einen täglichen Umsatz von etwa 22 Mark hat, dann muß man allerdings dem Tankstellenbesitzer 4 Pfennig je Liter Rabatt geben. Bei doppeltem Umsatz wäre aber ein Rabatt von nur 2 Pfennig genug! Und so ist es mit allen Verteilungskosten, mit der Verzinsung und Amortisation des investierten Kapitals usw.

Die Kraftverkehrswirtschaft fordert mit Recht eine Entlastung. Zunächst hat das Reichswirtschaftsministerium schleunigst die Preise der Benzinkonvention zu prüfen und herabzusetzen. In anderen Ländern, in Frankreich, Italien, Aegypten hat man auch die nötige Energie gefunden. Eine Herabsetzung der Zölle und der Kraftfahrzeugsteuer ist heute,

unter den Bodenseereitern des Papen-Kabinetts,

mehr als je eine hochernste Etatausgleichfrage. Dagegen ist die Ausgleichsabgabe zu Lasten der inländischen Produzenten zu erhöhen. Eine wirkliche Entlastung aber kann letztlich nur durch Einführung eines staatlichen Treibstoffmonopols erreicht werden. Selbst eine so im Prinzip privatwirtschaftlich eingestellte Zeitschrift wie der „Deutsche Volkswirt" vertritt jetzt diese Forderung. Die Einführung eines Staatsmonopols würde Ersparnisse von 200 Millionen jährlich bringen, die voll der Kraftverkehrswirtschaft zugute kommen könnten.

Z.

Nach dem Kreuger-Krach

Wie Schweden durch hohe Löhne und niedrige Zölle profitierte

Schweden hat weniger Arbeitslose als die meisten Länder Europas, gegenüber dem Produktionsstand zur Zeit der Hochkonjunktur im Jahre 1929 ist bis jetzt die industrielle Tätigkeit nur um etwa ein Sechstel zurückgegangen — dies trotz der schweren Erschütterung, die die schwedische Wirtschaft durch den Zusammenbruch des Kreuger-Konzerns erfuhr, dessen Verluste bekanntlich eine Milliardenziffer erreicht haben.

Die erstaunliche Widerstandsfähigkeit

ist freilich erst dann richtig einzuschätzen, wenn man sich die Größenverhältnisse des Landes vor Augen hält; zwar ist Schweden an Fläche nicht viel kleiner als Deutschland, zählt aber nur etwas über 6 Millionen Einwohner, etwa 1 Million weniger als Bayern.

Schweden hat vor allem zwei Reichtümer: Wald und Eisenerz. 52 Proz. des Landes bestehen aus Waldungen. Der Holzreichtum bildet die Basis für die Entwicklung einer großen Holzbearbeitungs- und Papierindustrie; für die Entwicklung der schwedischen Zündholzindustrie war der Bestand an Espenwaldungen ausschlaggebend. Die Eisenerzförderung Schwedens betrug 1930 11 Millionen Tonnen, wovon der größte Teil nach Deutschland ging. Heute allerdings sind Erzförderung und Erzexport auf ein Minimum des damaligen Standes zusammengeschrumpft. Auf der Verarbeitung der eigenen Erze ist eine bedeutende Eisen- und Stahlindustrie aufgebaut. Nur einige

Beispiele internationaler Schwedenkonzerne:

Zunächst der schwedische Zündholzkonzern, der sich zu einem Weltunternehmen entwickelte und den größten Teil der Zündholzproduktion der Erde kontrollierte, noch ehe Kreuger seine betrügerischen Finanzaktionen durchführte. Der schwedische Kugellagerkonzern S K F. besitzt Fabrikationsunternehmungen in zahlreichen Ländern und spielt auf den größten amerikanischen Märkten eine fast monopolartige Rolle. Auf dem Gebiet der Herstellung von Separatoren und Milchzentrifugen hat die Firma Separator A. B. eine Weltstellung. Die Staubsaugerfirma Elektrolux besitzt Tochtergesellschaften in den wichtigsten europäischen Ländern. Die Telephonbaufirma Ericsson verfügt in zahlreichen Ländern Europas und Lateinamerikas über Fabrikationsunternehmungen und Telephonbetriebsgesellschaften. Ebenso reicht der Interessenbereich des Starkstromkonzerns Asea weit über die Grenzen Schwedens hinaus. Der Eisenerzkonzern Grängesberg versorgt nicht nur einen großen Teil Europas mit schwedischen Eisenerzen, sondern besitzt auch Erzgruben oder Förderungsrechte in Nordafrika und Südamerika.

Von anderen Ländern unterscheidet sich die industrielle Entwicklung Schwedens dadurch, daß sie durch Zölle nur wenig geschützt worden ist und daß im allgemeinen hohe Löhne und hohe Gehälter gezahlt wurden. Schweden gehört zu den wenigen Ländern, die noch heute Zollsätze von Vorkriegshöhe haben; lediglich die Einfuhr von Weizen und Roggen ist begrenzt. Infolge des hohen Lohnniveaus hat sich die Kaufkraft des Landes gut entwickelt; die Lebenshaltung war höher als in den meisten Ländern Europas.

Dreierlei hat die wirtschaftliche Entwicklung Schwedens in der letzten Zeit erheblich erschüttert: erstens die stark verringerte Aufnahmefähigkeit der europäischen Länder für schwedische Erzeugnisse, zweitens die Abkehr von der Goldwährung, die unmittelbar nach der Loslösung vom Goldstandard erfolgte, drittens der Zusammenbruch Kreugers.

Die Währungsverschlechterung bildete zunächst natürlich eine Art Schutzzoll, der die Einfuhr industrieller Erzeugnisse aus anderen Ländern erschwert. Diese Maßnahme hat jedoch nicht verhindern können, daß die Exportindustrien einen erheblichen Umsatzrückgang verzeichnen.

Der Kreuger-Zusammenbruch hatte zunächst katastrophal aussehende Folgen. Die Aktienkurse stürzten in wenigen Tagen auf einen Bruchteil, die Börsentätigkeit war einige Zeit gelähmt, die Währung erfuhr eine neue Erschütterung. Es ist aber bezeichnend für die Widerstandsfähigkeit der schwedischen Wirtschaft, daß trotzdem bald wieder eine Entspannung eintrat. Der Notenumlauf blieb stabil, die Einlagen bei den Banken, die bis Juni 1932 zurückgingen, zeigten schon im Juli wieder eine Erhöhung.

Die Arbeitslosigkeit

belief sich nach den Angaben der Gewerkschaften um die Mitte des Jahres 1932 auf 19 Proz. gegenüber 12 Proz. Mitte 1931. Die Verschlechterung, die in den letzten Monaten eingetreten ist, betrifft fast ausschließlich die exportierende Industrie.

Zweifellos wäre ohne die Verluste aus dem Kreuger-Zusammenbruch die Widerstandsfähigkeit der schwedischen Wirtschaft gegen die Krisenauswirkungen noch größer gewesen. Um so mehr ist Schweden ein Musterbeispiel dafür, welche Widerstandsfähigkeit ein Land entwickeln kann, in dem jahrelang den Arbeitern hohe Löhne gezahlt wurden und das sich von Schutzzöllen und anderen Absperrungsmaßnahmen nach Möglichkeit ferngehalten hat.

Frei erfunden!

Zur Lage der Berliner Baugesellschaften

Im Zusammenhang mit einer Besprechung der Notlage der Gemeinnützigen Baugesellschaften wurde in einem Berliner Morgenblatt die Behauptung aufgestellt, daß auch die städtischen Baugesellschaften aus eigenem schon heute nicht mehr in der Lage wären, die Hypothekenzinsen zu zahlen, und daß die Baugesellschaften sich genötigt gesehen hätten, umfangreiche Kredite bei der Stadtbank in Anspruch zu nehmen.

Diese Behauptungen sind, wie das Nachrichtenamt der Stadt Berlin mitteilt, völlig frei erfunden. Der Stadt Berlin gehört das Gesellschaftskapital der Gemeinnützigen Baugesellschaft Adamstraße, der Gemeinnützigen Baugesellschaft Berlin-Ost, der Pankower Heimstätten GmbH., der Heimstättengesellschaft Primus, ferner zu 98,8 Proz. das Kapital der Heimstättensiedlung Berlin-Wilmersdorf, zu 75 Proz. das der Gemeinnützigen Tempelhofer Feld-Heimstätten GmbH., zu 66,67 Proz. das der Gemeinnützigen Baugesellschaft Heerstraße (der restliche Teil gehört der städtischen Wohnungsfürsorgegesellschaft).

Keine einzige dieser Gesellschaften sei mit ihren Verpflichtungen gegenüber den Bankinstituten, die ihnen Hypotheken gewährt haben, rückständig. Keine einzige dieser Gesellschaften sei auch genötigt gewesen, zur Zahlung der laufenden Zins- und Tilgungsverpflichtungen die Hilfe der Berliner Stadtbank in Anspruch zu nehmen. Im Gegenteil, bei der Stadtbank seien in nicht unerheblichem Umfange flüssige Mittel der Gesellschaften angelegt. Im übrigen seien die Ausführungen schon insofern völlig haltlos, als die Berliner Stadtbank auf Grund der Notverordnung vom 5. August 1931 der Stadt oder städtischen Gesellschaften überhaupt keine neuen Kredite gewähren darf.

Anleihen in Not

Kommunale Finanzkatastrophe

Am Montag hat der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Mulert, wegen des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruches zahlreicher Kommunen einen Warnungsruf in letzter Stunde an den Kanzler gerichtet.

Daß dieser Warnungsruf die Finanzsituation bei den deutschen Gemeinden nicht um ein Tüpfelchen zu schwarz gemalt hat, beweist die Zahlungsunfähigkeit einer der ehemals reichsten Städte Deutschlands, der Stadt Frankfurt a. Main, die am Dienstag wegen der Nichteinlösung ihrer Schatzanweisungen eine Gläubigerversammlung einberufen mußte. Es handelt sich bei diesen Schatzanweisungen um eine Summe von 30 Mill. Mark aus dem Jahre 1928/29, die jetzt zur Einlösung fällig geworden sind.

Der Stadtkämmerer von Frankfurt, Dr. Lehmann, machte den Gläubigern einen Vergleichsvorschlag, der eine zehnprozentige Rückzahlung sowie eine Prolongation der restlichen 90 Proz. auf drei Jahre vorsieht. Unter Hinweis auf die enormen täglichen Lasten der Kommune für Deckung des dringendsten Bedarfes des Wohlfahrtetats mußte Dr. Lehmann aber erklären, daß Frankfurt a. Main im Augenblick auch nicht einmal die zehn Prozent, das wären rund 3 Millionen Mark, flüssig machen könnte. Die Ausführungen des Kämmerers zur Finanzlage der Stadt gaben ein erschütterndes Bild über die Einnahmedrosselung der Kommunen bei dem Finanzausgleich — unter anderem sind die Reichsüberweisungssteuern um 73 Proz. von 24 auf 6,4 Mill. Mark seit 1928 gesunken — sowie die unhaltbar gewordenen Lasten, die durch Abwälzung der Arbeitslosenunterstützungen vom Reich auf die Kommunen entstanden seien.

In der Debatte wurde von verschiedenen Gläubigern die Auszahlung eines Teilbetrages bis zum Jahresende gefordert. Wenn ein Gläubigervertreter der Stadt zum Vorwurf machte, daß sie die Beschaffung langfristiger Anleihen versäumt (!) habe, so ist dieser Vorwurf einfach lächerlich, denn jeder Mensch in Deutschland weiß, daß unter dem glorreichen Regime des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht die deutschen Kommunen gewaltsam an einer Fundierung ihrer kurzfristigen Schulden behindert wurden.

Auch die Stadt Köln, die in allernächster Zeit vier Millionen Mark für fällige Schatzanweisungen aufzubringen hat, befindet sich in der gleichen katastrophalen Lage wie Frankfurt a. Main. Auf der für heute angesetzten Gläubigerversammlung wird der Vertreter der Kommune den Gläubigern auseinandersetzen, daß ohne ein Einspringen des Staates die Mittel für eine zehnprozentige Ausschüttung nicht aufzubringen sind.

Feste Börse

Starke Nachfrage am Rentenmarkt

Die Kurssteigerungen, die der ruhige Verlauf der Wahl und das Wahlergebnis selbst an der gestrigen Montagsbörse ausgelöst hatten, setzten sich auch an der gestrigen Börse fort.

Auffallend kräftig war die Nachfrage auf dem Rentenmarkt. Sowohl Goldpfandbriefe, wie Reichsschuldbuchforderungen, wie auch kommunale Schuldverschreibungen konnten ihre Kurse um durchschnittlich 1 Proz. und vielfach darüber hinaus erhöhen. — Auf dem Aktienmarkt blieb das Geschäft klein, jedoch wirkten verschiedene günstige Meldungen aus der Industrie befestigend. Stark gefragt blieben Reichsbank mit 129, Reichsbahnvorzugsaktien mit 89¾ und I.G.-Farben mit 97. Schwartzkopff konnte sich auf 30¼, Orenstein auf 34¾ und Geofürel auf 70 gegen 68 Proz. verbessern.

Stollwerck nach der Sanierung. Die führende westdeutsche Schokoladenfabrik Gebrüder Stollwerck A.-G. in Köln, die im vergangenen Jahr wegen großer Fehlerpansionen sanieren und das Kapital von 16,4 auf 9 Mill. M. zusammenstreichen mußte, erzielte im Geschäftsjahr 1931/32 einen Reingewinn von 251 620 M. Die Verwaltung hofft, durch die Sanierung eine Grundlage für ein wirtschaftliches Arbeiten bei anziehender Konjunktur gefunden zu haben. Der mengenmäßige Absatzrückgang war nur gering. Die Schulden konnten um 2,6 Mill. M. abgebaut werden, darunter die Bankschulden um rund 1 Million.

SCHICKSALSMASCHINE

13] ROMAN VON STEFAN POLLATSCHEK

(Copyright Saturn-Verlag.)

Albert starrte der Gestalt nach, er nahm nichts mehr wahr. Er hatte einen Moment lang das Bedürfnis, diesem einsamen Menschen, der sein Vater war, nachzueilen. Doch er unterdrückte diese kindliche Empfindung, zündete eine Zigarette an und ging zurück ins Kaffeehaus.

Weltlin hatte Mühe, die Beine vom Boden zu heben, es war ihm, als schleppe er eine Zentnerlast. „Nur nicht denken!" sagte er sich, doch er konnte der Fülle der hereinströmenden Bilder nicht Herr werden. Aus dem Photographiealbum entstieg die Gestalt des Vaters, es erschien der verstorbene Bruder, Albert der Sohn, Frau, Tochter, Susi, der Ingenieur Hanau, Crusius, alle, alle waren sie da. Warum umdrängten sie ihn, was wollten sie? Er blieb stehen und schloß die Augen, er glaubte umfallen zu müssen und stützte sich an eine Mauer. Eine nie geahnte, schmerzhafte Müdigkeit überkam ihn, er war sich nicht mehr klar darüber, welche Straße er überquerte, wo seine Wohnung lag. Mit aller Energie raffte er sich auf, ging ein paar Schritte, und mit Erstaunen nahm er wahr, daß er sich in einer Parkanlage befand. Kaum zwanzig Schritte vor ihm stand eine Holzbank. Sie schien ihm enendlich weit entfernt, nur mühsam erreichte er sie, fiel förmlich hin und war sofort eingeschlafen. Es war ein dünner, schwacher, unruhiger Schlaf, jeden Augenblick erwachte er, er konnte aber nichts anderes denken, als: „Wenn mich hier jemand sieht!" aber er hatte nicht mehr die Kraft, aufzustehen. Er spürte sein Herz klopfen, preßte die Hand dagegen, es half nichts, das Klopfen, beunruhigend und ein wenig schmerzhaft, wollte nicht nachlassen. Er verspürte starken Durst, die Zunge war trocken, Schweiß stand auf der Stirn, er fühlte ihn, ohne hinzugreifen . . . Dann fiel er der Länge nach zur Erde und wußte nichts mehr von sich . . . Als er erwachte, sah er, zuerst aus unendlicher Ferne, dann immer näher und nahe ein Frauenantlitz über sich gebeugt. Er fiel zurück, das Bewußtsein kam langsam, er konnte sich erheben, den Namen einer Gasse nennen und wenige Minuten später saß er in einem Auto, das ihn nach Hause brachte . . .

3.

Weltlin erwachte am Morgen, ohne sich der Vorgänge der vergangenen Nacht richtig entsinnen zu können. Er ahnte wohl, daß sich da seltene Dinge mit ihm begeben haben müßten, aber von Einzelheiten wußte er nichts mehr. Mechanisch begann er sich anzukleiden, mechanisch nahm er dann in dem geräumigen Speisesaal das Frühstück und mechanisch durchblätterte er die Zeitungen. Ach ja, da stieg ein Erlebnisfetzen auf: er sah sich im Park auf dem Boden liegen, neben ihm kniete eine Frau; wer war die wohl gewesen? Irgendwie sah sie doch Susi ähnlich, schien ihm. Sprunghaft glitten die Gedanken dahin, waren wieder in der Fabrik, bei den Maschinen, bei Absatz und Preisbildung. Die Gedankenkette wurde unterbrochen. Erna trat ins Zimmer, reichte dem Vater die Hand, drückte ihm einen leichten Kuß auf die Stirn. Es fiel ihm auf, wie schmal seine Tochter aussah. Die roten Farben waren wohl ein wenig Schminke, die Ränder um die Augen sprachen zu deutlich. Und wieder mußte er an Albert denken, der gelächelt hatte, als von Erna die Rede gewesen war . . . Das Mädchen nahm eine Zeitung zur Hand, blätterte stehend, nippte stehend Tee und wollte sich schon entfernen.

„Warum so eilig, Erna?"

„Du weißt doch, Vater, daß wir jetzt recht aufgeregte Tage haben."

„Ja, mein Kind. Die Zeitungen sind ja voll von den Schwierigkeiten, in denen sich eure Bank befindet."

Weltlin sah die Schatten um die Augen seiner Tochter. Seine Stimme klang gedämpft, als er fragte: „Krüger ist in einer peinlichen Situation?"

„Ach, die Zeitungen, Vater! Solange alles gut ging, war er das große Genie, jetzt fallen sie alle über ihn her."

„Gewiß, Erna! Es ist immer so im Leben . . . Ist es richtig, daß gegen ihn ein Strafverfahren eingeleitet ist?"

„Ja, leider! Diese Dummköpfe!"

„Du bist sehr aufgeregt, Erna."

„Der arme Mensch! Alles bricht über ihm zusammen!" Sie nickte ihrem Vater zu und war schon aus dem Zimmer.

Weltlin war allein geblieben. Er nahm die Zeitung zur Hand. Hier stand alles. Der Zusammenbruch der Bank in all seinen Einzelheiten war lückenlos dargestellt, und man konnte sich nur wundern, daß erfahrene Bankdirektoren solche Fehler begehen konnten, die jeder Journalist nun so klar als Mißgriff erkannte. Da stand auch der Name Krüger. Er war der böse Geist der Bank gewesen, so stand es zu lesen, der von Spekulation zu Spekulation getaumelt war und unzählige Existenzen in Not und Elend gebracht hatte. Mißmutig zerknüllte Weltlin die Zeitung und warf sie zu Boden. Wie, spricht man nicht auch über mich so? dachte er, bin nicht auch ich der böse Dämon, der Satan? Wieder tauchte das Bild auf, wie er damals — wie lange schien es zurückzuliegen — vor diesem Mann zitternd gesessen war und sein Ausspruch ihm als Todesurteil gegolten hatte. Wie hatten sich nun die Zeiten geändert! Aber Erna? Was war mit ihr? Wie stand es um Erna und diesen Mann?

In der Fabrik erwies es sich dann, daß das Falliment der Großbank auch allerhand Komplikationen für den Weltlinschen Betrieb mit sich brachte. Die Regierung mußte, um den Sparern beizustehen und die Wirtschaft aufrechtzuerhalten, für die Verbindlichkeiten der Bank garantieren, eine Menge Verordnungen wurden erlassen, man erhielt nur das für Lohnzahlungen notwendige Geld, Rechnungen durften nicht bezahlt werden, man durfte das Land nicht mehr verlassen, jede Stunde brachte eine neue gesetzliche Bestimmung, und niemand konnte sich in diesem Chaos mehr zurechtfinden. Alle Arbeit ruhte, viele Geschäfte hatten gesperrt, Leute standen auf den Straßen und besprachen ängstlich ihre Situation, jeder hatte das Gefühl, als versänke der Boden unter seinen Füßen, immer allgemeiner wurde die Ueberzeugung, daß alle Arbeit fürderhin völlig zwecklos geworden sei.

In den späten Abendstunden verließ Weltlin seine Fabrik mit schlechtem Gewissen. Allerhand Anweisungen waren noch zu geben gewesen, er hatte noch nicht den Abendrapport des Betriebsleiters entgegengenommen, die Post war noch nicht unterschrieben, ja selbst der Prokurist Lechner, der tagsüber vom Telephon nicht weggekommen war, endlich aber doch das für die nächsten Tage nötige Geld beschafft hatte, war nicht mehr empfangen worden, und auch von Susi hatte er sich nicht recht verabschiedet; ein Nicken mit dem Kopf, ein flüchtiger Händedruck — das war alles! Wieder empfand Weltlin diese quälenden, bohrenden Kopfschmerzen. Wieder war diese ungeheure Müdigkeit über ihn gekommen, die Beine schmerzten, es war ein angenehmer, gruseliger Schmerz, der von den Beinen aufwärts durchs Rückenmark schauerte.

Mühsam erreichte er seine Wohnung, warf sich, angezogen wie er war, aufs Bett, doch seltsam, er konnte keinen Schlaf finden. Wenn er auch die Müdigkeit fast als körperlichen Schmerz empfand, der ersehnte Schlaf wollte doch nicht kommen. Visionen umdrängten den Ruhenden, der keine Ruhe fand. Gestalten tauchten auf, die er nicht kannte, die er gern länger um sich gehabt hätte, aber sie waren nicht zu halten. Kaum erschienen, verflüchtigten sie sich wieder. Auch klarere Momente kamen, manche Schatten blieben länger. (Fortsetzung folgt.)

Des Kaisers Heldentod

Ein neudeutsches Lesestück

Wir entnehmen das nachstehende Lesestück einem patriotischen Lesebuch, das der Verlag J. F. Schulze in München im Auftrage Hitlers für alle Schulen des Dritten Reiches vorbereitet hat. Mangels passender Gelegenheit ist dies Lesebuch noch nicht herausgekommen. Die Auflage von 10 Millionen Stück lagert noch in den Kellern.

So nahte der folgenschwere 9. November heran, der die Tragödie des Hohenzollernhauses besiegeln sollte. Gegen Morgen erstattete der Feldmarschall dem Kaiser die entscheidende Meldung:

„Majestät! ich kann für die Sicherheit Ew. Majestät inmitten der Truppen nicht mehr garantieren."

Wie unter einem Hieb fuhr der Kaiser empor. Sein Blauauge blitzte:

„Wer spricht hier von meiner Sicherheit? Darf ein Kaiser im Augenblick höchster Gefahr an seine persönliche Sicherheit denken? Es geht um Deutschland und nicht um meine Person!"

Der Marschall senkte sein Haupt.

„Majestät, es ist zwecklos. Meuternde Matrosen haben die Rheinbrücken bei Köln und Bonn besetzt. Vor zwei Stunden hat eine Konferenz der Frontkommandeure stattgefunden. Sie hat fast einmütig festgestellt, daß die Truppen zwar unter dem Befehl Ew. Majestät nach Hause ziehen, aber nicht gegen Deutsche kämpfen würden."

Des Kaisers Stirn runzelte sich:

„Sie wollen mich nicht verstehen, lieber Marschall. Selbstverständlich denke auch ich als deutscher Kaiser nicht einen Augenblick daran, gegen Deutsche zu kämpfen. Trotzdem werde ich mich an die Spitze der Truppen stellen, um das zu tun, was ein Kaiser in solcher Situation tun muß. Erinnern Sie sich, daß ich bei festlicher Gelegenheit einmal meinen Ahnherren Albrecht Achilles zitiert habe: Es gibt keinen schöneren Tod, als inmitten meiner Feinde. — Das, so sagte ich damals, sei auch mein Leitspruch. Feldmarschall, bedenken Sie: Welche Blamage, erst schwadronieren und dann davonlaufen! Vor Scham und Schande würde ich keine Nacht mehr schlafen können."

„Ew. Majestät denken gewiß folgerichtig." Dem Feldmarschall zitterte die Stimme. „Aber was soll geschehen? Der heutige Krieg schafft andere Bedingungen, als sie zur Zeit des Markgrafen Albrecht Achilles bestanden . . ."

„Ich habe mir alles überlegt." Des Kaisers Stimme klang klar und hell. „Ich habe mir vier meiner Söhne hierherbestellt, die mich auf dem letzten Ritt begleiten werden. Eine Anzahl pommerscher Adliger, an ihrer Spitze Graf Oldenburg-Januschau, ferner verschiedene meiner Offiziere aus adligen Geschlechtern, ein Freiherr Elz zu Rübenach, einer aus dem Geschlechte derer von Gayl, die Herren Generalstabsoffiziere Schampus und Tappser halten sich bereits seit mehreren Tagen bereit. Eine Stelle der Front ist ausgekundschaftet, auf die der Feind sein Artilleriefeuer konzentriert, sobald sich etwas regt. Zwanzig Gestalten hoch zu Roß wird er sicher nicht übersehen."

Der Kaiser rührte an eine Klingel. „Lassen Sie meine Söhne antreten . . . Nun Jungens, seid Ihr bereit?"

Der Aelteste nickte sein unbekümmertes fröhliches Lächeln: „Die Quartiere in Charleville wuchsen mir längst zum Halse hinaus. Es wurde schließlich langweilig und bloß noch anstrengend. Nach so vielen Französinnen hoffe ich auch einmal einen männlichen Franzosen zu sehen."

Der Zweite schaute an seiner massigen Gestalt abwärts. „Ich werde wenigstens ein gutes Ziel bieten. Mein Adjutant sagte mir neulich, daß in der Heimat einige Leute hungern sollen, sie leben da von sogenannten — äh, wie heißt es doch — Kohlrüben, und ich habe die ganze Zeit meinem Bauch nichts abgehen lassen."

Oskar wiegte bedenklich den Kopf: „Ihr habt gut reden, Ihr kennt die Front nicht. Aber ich bin im August 1914 mal ins Schlamassel hineingeraten. Die Herzkrämpfe, die ich da bekommen habe, vergesse ich mein Lebtag nicht. Aber immerhin, ehe ich künftig am Ende mit Zinnsoldaten statt mit wirklichen Soldaten Paraden mache . . ., es sei."

„Schade", sprach Auwi, „ich hatte mir gerade einen Plan ausgedacht, wie man durch nationale Reden vielleicht das deutsche Volk wieder zur Raison bringen könnte . . ."

„Doch nicht als Versammlungsagitator?" fiel ihm der Kaiser erschreckt ins Wort.

„Grade! Aber ich sehe schon nach mir den Mann kommen, der das viel besser können wird. Ich sehe, als stünde er leibhaftig vor mir, seinen gestutzten englischen Schnurrbart und rufe ihm, dem kommenden großen Unbekannten hiermit ein dreifaches Heil zu."

„Also Ihr seid bereit", sprach der Kaiser kurz und schlicht.

Schweigend waren die todbereiten Paladine eingetreten. Ein letzter Händedruck und man bestieg die Pferde, kein Wort wurde mehr gewechselt. Die kleine Kavalkade ritt in den trüben Novembermorgen hinaus.

Der Feldmarschall erklomm einen Beobachtungsstand. Von hier aus konnte er mit dem Fernrohr die kleine Schar verfolgen, deren Silhouetten nach dem Horizont zu kleiner und kleiner wurden. Plötzlich aber war es, als breche mitten aus der Erde ein Vulkan hervor. Ein ungeheurer Busch von Steinen und Erde wuchs auf, sprang gen Himmel und versank. Von den Reitern sah man nichts mehr.

Erschüttert ließ der Feldmarschall sein Glas sinken. Seine greisen Lippen murmelten: „Das Ende der Hohenzollern. Gottlob ein würdiges Ende."

*

Nachwort: Die Behauptung, daß am 9. November der Kaiser und der Kronprinz nach Holland geflohen seien, ist selbstverständlich eine von den Marxisten verbreitete Lüge.

Jonathan.

Max Barthel:

Den toten Soldaten

Still vom Sturm der Kanonen
Ruhen aus die Kameraden,
Die Soldaten, die Matrosen,
All die vielen Namenlosen,
In der Erde, tief im Meere:
Brüder in dem Geisterheere!

Blut verbindet uns mit allen,
Die im Schlachtfeld sind gefallen,
All den vielen Namenlosen,
Den Soldaten und Matrosen,
Die nun frei sind aller Schwere:
Brüder in dem Geisterheere!

Dunkel alle Toten schweigen.
Aufwärts unsre Hymnen steigen.
Den Soldaten, den Matrosen,
Den verstummten Namenlosen
Glorie und letzte Ehre:
Brüder in dem Geisterheere!

Revolutionshumor

Leipziger Barrikadenlied (1850)

Ein freies Leben führen wir,
Mer leben stets im Drusel;
Der Tag vergeht bei Schnaps und Bier
Und abends, denn erholen wir
Bei Bayrisch uns und Fusel.

Und geht uns mal der Spaß zu weit,
Dann bau'n mer Barrikaden,
Mer wollen keene Kleenigkeit,
Mer wollen deutsche Eenigkeit
Und haben scharf geladen.

Mer wollen keenen Bergerkrieg,
Mer sind ja alle eenig;
Bei uns, da heeßt's: Tod oder Sieg!
Mer schwören for die Republik
Un unsern guten Geenig.

(Gedruckt 1850, A. Hofmann u. Co., Berlin.)

STAATL. FACHINGEN
Vorzügl. Säuerlinge wohlbekömmlich erfrischend erfrischend!

Kurt Schmeltzer:

Vom Kirchturm aus

Das Kirchdach war alt und ziemlich baufällig, und der Pastor hatte schon oft gesagt, es müsse ausgebessert, auch ein Blitzableiter auf dem Turm angebracht werden. Aber die Bauern hielten die Taschen zu und meinten: es habe nun schon so lange gehalten, es würde es schon noch eine Weile tun; Korn und andere Dinge, die verderben könnten, brauche es ja nicht zu schützen. Und ein Blitzableiter? Pah, der liebe Gott würde es schon nicht in sein eigenes Haus einschlagen lassen! Darüber ärgerte sich der Pastor und nannte die Bauern eine gottverlassene Gesellschaft.

Dabei blieb's.

Den Spatzen dagegen war das baufällige Kirchdach gerade recht. Sie wohnten darunter in großen Scharen und hatten zwischen den Sparren ihre unordentlichen Nester, wo sie ihre Jungen sicher vor Katzen großzogen und die kalten Winternächte verbrachten. Und es wurden immer mehr, denn die Jungen siedelten sich wieder unterm Kirchdach an und deren Junge wieder: Platz war ja genug, und Spatzen vertragen sich gut untereinander und helfen und unterstützen sich gegen fremde Eindringlinge. Und je zahlreicher die Gesellschaft ist, desto wohler fühlen sie sich.

Zu fressen war auch genug da, denn um das Dorf herum waren Felder und Gärten. Denkt mal bloß, wie viele Raupen und Fliegen und Ohrratzeln da aufzulesen und zu verspeisen waren! Dann gab's Salat in den Gärten, der so gut schmeckt. Und gar, wenn erst die Kirschen reif wurden! An allen Straßen standen prachtvolle Kirschbäume, und die Spatzen hatten keinerlei Bedenken, mit Gekreisch und Geschilp darin einzubrechen und die süßen Früchte anzupicken.

Freilich, die anderen Vögel, die das sahen, sagten: „Nein, diese Spatzen! Wenn das bloß gut geht! Sie sind auch zu frech!" Und sie hielten sich fern von ihnen.

Wenn die Spatzen mal etwas davon hörten, was die anderen Vögel über sie sagten, schrien sie gleich: „Was wollen die? Die sind wohl nicht recht gescheit? Wir wohnen ja unterm Kirchdach und hören jeden Sonntag die Predigt! Uns kann nichts passieren! Die sollen sich selbst in acht nehmen! Wo wohnen die denn? Irgendwo im Busch! Und von Gotteswort und Orgelspiel haben sie nicht mal einen Begriff!"

So ging das nun schon all die Jahre: die Bauern hielten die Taschen zu, der Pastor ärgerte sich, die Spatzen fühlten sich wohl und die anderen Vögel hatten ihre Bedenken.

Da gab's einmal im heißen Sommer ein schweres Gewitter. Die Spatzen saßen alle wohlgeborgen unterm Kirchdach und hörten, wie der Regen auf die Ziegeln platderte und zwischen den schadhaften Stellen hindurchtropfte. Sie machten sich nichts daraus, denn man braucht sich ja nicht gerade an eine Stelle zu setzen, wo's tropft. Auch aus Blitz und Donner machten sie sich nicht viel: das war eben so und würde nach einiger Zeit schon wieder aufhören und dann würde die Sonne wieder scheinen und sie konnten in die Kirschbäume fliegen und Kirschen picken. Aber plötzlich gab's einen furchtbaren Knall, die ganze Kirche bebte, und dann knisterte und knasterte es ganz unheimlich; es wurde so seltsam und flackrig licht im Kirchboden, der sonst nie heller als halbdämmrig war. Es war so beängstigend, daß die Spatzen doch lieber in den Regen hinausflogen und sich auf einen Baum setzten. Und da konnten sie nun ja sehen, daß die Kirche brannte, denn der Blitz hatte in den Turm eingeschlagen, auf dem kein Blitzableiter war.

Die Bauern kamen mit ihren Löschgeräten gelaufen — aber da war nicht viel zu retten. Das baufällige Dach brannte lichterloh, und der Turm stürzte geradezu über die Kirche hin.

„Seht ihr", sagte der Pastor zu den Bauern, „hättet ihr rechtzeitig das Dach ausbessern und einen Blitzableiter anbringen lassen, wäre das nicht geschehen. Nun muß die ganze Kirche neu gebaut werden. Jetzt macht nur eure Taschen auf!"

Und die Bauern brummten.

Die Spatzen suchten sich neue Unterschlupfe. Das gab natürlich Zank und Geschrei mit den anderen Vögeln, denn die Spatzen drangen einfach in Starenkästen und Schwalbennester und richteten sich darin ein. Sie kamen schon unter, denn sie halfen sich gegenseitig.

„Nein, diese Spatzen!" sagten die anderen Vögel. „Sie sind doch zu frech! Aber recht hatten wir ja doch, daß es nicht gut gehen würde mit ihren Diebereien in den Gärten und Obstbäumen. Nun ist ihr Kirchdach hin!"

Und sie machten sich daran, neue Nester zu bauen, denn die Spatzen hatten es sich ja in ihren bequem gemacht.

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute, Mittwoch, 9. November, 19½ Uhr, tagen die Gruppen: **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Deutsches Recht. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Gartenhaus). Revolutionsgedenkfeier. — **Spandau-Neustadt:** Jugendheim Lindenufer 1. Der 9. November. — **Nordring:** Jugendheim Sonnenburger Str. 20. Revolutionsfeier. — **Weißensee:** Jugendheim Weißensee, Caseler Str. 2. Lustiges von Martha Bohn. — **Kreuzweiler Platz:** Jugendheim Schönlanker Str. 11 (Baracke 6), rechter Eingang. Was bringt uns der neue Reichstag? — **Neukölln:** Jugendheim Bergstr. 29 (Hof). Heimbesprechung. — **Flughafen:** Jugendheim Flughafenstraße 68 (U-Bahn Boddinstraße). Die Expansion des Faschismus. — **Humboldt:** Jugendheim Putbusser Str. 22. Revolutionsfeier. — **Schillerpark:** Jugendheim, Schule Schöningstr. 17. Novemberrevolution. — **Charlottenburg:** Jugendheim Charlottenburg, Spreestr. 30. Revolutionsfeier. — **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Umbau der Wirtschaft. — **Kreis Oberspree:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. 19½ Uhr Reihenvortrag: Umbau der Wirtschaft.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 81. Der 9. November 1918. — **Nordosten:** Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Der 9. November 1918. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2. Bunter Abend. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 15 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Arbeitsgemeinschaft: Die Geheimnisse der kapitalistischen Warenerzeugung. Leiter: Raue. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Str. 1—4, Ecke Kanner Straße. Arbeitsgemeinschaft (6. Abend): Wir wissen einen Weg — das Wirtschaftsdauprogramm der freien Gewerkschaften. Leiter: Krebs. — **Südost:** Jugendheim Manteuffelstr. 7. Revolutionsgedenkabend. — **Südwest:** Jugendheim Yorckstr. 11 (2. Hof, Quergebäude, Aufgang I, Zimmer 3). Heimveranstaltung. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Politische Satire. Vortragender: Theo Marx. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Arbeitsgemeinschaft: Die Geheimnisse der kapitalistischen Warenerzeugung. Leiter: Huhn. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Gedanken der Revolution von 1918. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge Nowawes. Revolutionsgedenkabend. — **Die Versicherungsgesellschaft „Germania" A.-G.** tagt heute von 17 bis 19 Uhr im Verbandshaus, Hedemannstr. 12.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold". Geschäftsstelle: Berlin S 14 Sebastianstr 37—38 Hof 2 Tr. **Poenalauer Berg** (Vortrupp). Mittwoch, 9. November, 18½ Uhr, Sprechchorprobe beim Kameraden Alt. — **Weißensee** (Ortsverein). Donnerstag, 10. November, 20 Uhr, Turnhalle.

Vereinigte Verbände heimattreuer Oberschlesier E. V., Ortsgruppe Neukölln. 10. November, 20 Uhr, Restaurant, Bergstr. 151 (U-Bahnhof), Lichtbild-Werbevortrag mit Kostproben der Maggi-Werke. Dazu Unterhaltungsmusik der Tanzkapelle Karl Borchardt.

Vereinigung ehem. Kriegsgefangener, Berlin-Süden. Donnerstag, 10. November, 20 Uhr, bei G. Krüger, Grimmstr. 1.

Esperantogruppe Humboldt. Restaurant Rheingau, Wilmersdorf, Binger Straße 9. Freitag, 11. November, 20 Uhr, Uebungen, Konversation, Lektüre, geselliges Beisammensein. Gäste willkommen.

Theater, Lichtspiele usw.

Theater im Admiralspalast
Direktion: Robert Liebmann :: Telephon: A 6 Merkur 9901

Donnerstag, den 10. Novemb., 7½ Uhr
Premiere
LILIOM
Eine Vorstadtlegende in 8 Bildern von Franz Molnar
Musik: Theo Mackeben
Hans Albers
Berta Drews, Anne Lore Mosheim, Leonhard Steckel, Gina Falkenberg, Grete Bäck, Ludwig Roth, Emilia Kurtz, Wolfg. v. Schwindt u. a.
Regie: Karl Heinz Martin
Vorverkauf ununterbrochen!

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

Bekanntmachung.
Die in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. Dezember 1931 versetzten Pfänder sind versteigert worden. Ueberschüsse sind bis zum 9. November 1933 abzuheben.
Staatliches Leihamt.

Markthallenstände
zu vermieten
Babelsberg, Str. 39 H 1 Pfalzb. 3229
Nähe Bayrischer Platz
Eröffnung demnächst!

Staats Theater
Mittwoch, den 9. November
Staatsoper Unter den Linden
20 Uhr
Wiener Blut
Staatliches Schauspielhaus
20 Uhr
Gabriel Schillings Flucht

VOLKSBÜHNE
Theater am Bülowplatz
O 1, Norden 2944. Täglich 8¼ Uhr
FANNY von Marcel Pagnol
Regie Heinz Hilpert.
Dorsch, Tiedtke, Valetti, Siedel.
Auch Sonntag 3½. Preise 0,75—4 Mark.

Willi Schaeffers Kabarett für Alle
Theaterplatz 30/32
4 Uhr Täglich 8 ¼ 9 Uhr
Das sensationelle Kabarett-Programm
Abendpreise 1—3 Mk.
Nachm. Gedeckt 1.25
Jeden Sonnabend 11½ Uhr: Nachtvorstellung

SCALA
Tägl. 5 u. 8½ Uhr
BUSTER WEST
CONCELLOS
MAX ADALBERT
FRITZ GRÜNBAUM usw.

PLAZA
Nähe Schles. Bhf.
5 u. 8¼, Stgr. 2, 3, 5, 8¼ U.
E 7 Weichsel 4031
Anneliese v. Dessau

Theater i. d. Stresemannstr.
Täglich 8¼
Zu wahr, um schön zu sein
v. Bernard Shaw
Molssi, v. Theilmann, Bertens, Evans, Otto, Sima, Wiemann, Deppe, de Kowa.

Taxi
Neue Königst. 61-64
Kupfergrab 2132
4 Uhr 8 Uhr
TANZ
George
Nettelmann
u. 12 Attraktionen
Bombenstimmung
Eintritt frei!

Täglich 8 Uhr 15
Winter Garten
Toni Birkmeyer und sein Wiener Ballett
3 Arconas, 2 Hollis
Hans Kollscher usw.
Flora 3434 Rauchen erl.
Das führende Varieté

9½ Uhr **CASINO-THEATER** 8½ Uhr
Lothringer Straße 37.
Sonntags auch nachm. 4 Uhr
Die Liebe blüht in Werder
Berliner Volksstück in 4 Bildern mit Gesang und Tanz. Für die Leser Gutschein 1—4 Personen Parkett 0.50 M. Fauteuil 0.75 M. Sessel 1.25 M.

Stettiner Sänger
Reichshallen-Theater
8.15 Sonntag 3.30
zu ermäßigten Preisen.
Melodie des Glücks
und das November-Programm

Städt. Oper
Charlottenbur: Fraunhofer 0231
Mittwoch, 9. Nov.
20 Uhr
Turnus IV
Der Schmied von Gent
Rode, Müller, Friedrich, Berger, Burgwinkel, Steler, Gombert, Gonszar, Guttmann, Ludwig, Pechner, Heyer.
Dirigent: Breisach

Theater im Admiralspalast
Merkur 9901
Morgen ½8 Uhr
Premiere
Hans
Albers
Liliom

B. B. B.
Bendows Bunte Bühne
Kottbusser Straße 8
früher „Elite-Sänger"
„Hier können Familien Kaffee kochen"
Tgl. 8¼ U. Sonst. nachm. 3½
Preise von 50 Pf. an

KLEINE ANZEIGEN
in der Gesamtauflage des „Vorwärts" sind besonders wirksam und trotzdem
sehr billig!

GROSSES SCHAUSPIELHAUS
Täglich 8 Uhr
DER **Studentenprinz**
Sonnt. nachm. 3 Uhr bill. Preise

Deutsches Theater
Weidend. 5201
8 Uhr
Prinz Friedrich von Homburg
Schauspiel von H. v. Kleist
Regie: Max Reinhardt
Thimig, Fehdmer, Gustav Fröhlich, Kayßler, Wegener

Kammerspiele
8 Uhr
Michael Kramer
von Gerhart Hauptmann
Klöpfer, Melzer, Triesch, Flockina v. Platen, Kaiser, Liebeneiner.
Regie: K. H. Martin

Komödienhaus
Schiffbauerdamm 25
D 2 Weidend. 6304—06
Täglich 8¼ Uhr
Auslandreise
v. Dostmalcher u. Hirschfeld
Felix Bressart
Maria Paudler
Paul Heidemann

Schiller
Bismarckstr. (Kaiserdamm)
Steinpl. (C 1) 6715
Täglich 8¼ Uhr
Robert und Bertram
Alfred Braun, Fritz Hirsch, Senta Sindaud
Stg. 13 3½ Uhr
Robert und Bertram
Preis 0.40 bis 2.00

Theater

Lessing-Theater
Tägl. 8¼ Uhr
Grete Mosheim
Oskar Homolka
in
Pygmalion

Deutsches Künstler-Th.
Nürnberger Str.
Heute ½8 Uhr
Premiere
Leopoldine
Constantin
in:
Die Nacht zum 17. April

Theater d. Westens
Steinpl. 5121
Täglich 8¼ Uhr
Gitta
Alpar
in
Katharina
Stgs. ½3 u. 5 U.
Försterchristel

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Fritzi
Massary
in
Eine Frau, die weiß, was sie will!
Sonntag ½5
Walzertraum

Rose-Theater
Große Frankfurter Straße 137
Tel. Weidend 5 7 3422
5.15, 8.30 Uhr
Der
Zigeunerbaron

KLEINE ANZEIGEN
Überschriftwort 20 Pf., Textwort 10 Pf.
Wiederholungsrabatt: 5 mal 5 %, 8 mal 7½ %, 12 mal 10 %, oder 1000 Worte Abschluß 10 %, 2000 Worte 15 %, 4000 Worte 20 %.
Annahme durch den Verlag, Lindenstraße 3 (½9 bis 5 Uhr), sämtliche Vorwärts-Filialen u. -Ausgabestellen sowie alle Annoncen-Expeditionen

Verkäufe

Linoleum
Zeillat, Kolonistraße 9.

Kochherde
jeder Art u. Größe. Riesenauswahl. Teilzahlung, transportable Kachelöfen, Badewannen-Oefen, Kesselöfen. Die alte Firma Semmler und Blenberg, Dresdenerstraße 99. Jannowitz F 7 6651.

Kleidungsstücke, Wäsche usw.

Leihhaus Lewicki
verkauft zu unglaublich billigen Preisen wenig getragene sowie neue Herrengarderobe, Herren- u. Damenpelze. Weitester Weg lohnt. Keine Lombardware. Primanstraße 105, eine Treppe.

Hosen
für Zimmerer und Maurer. Wilhelm Pahr, Brunnenstraße 78.

Möbel

Küchen
65—290, Weißlackschränke 35, Metallbettstellen 29, Kamerling, Kastanienallee 56 (Ecke Fehrbelliner Straße). *

Kaukasisch-Nußbaum-
Speisezimmer, komplett mit Tisch und Stühlen 390,— M. Moritz Hirschowitz, Südostens, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusser Tor. Filiale: Andreasstraße 30. *

Musikinstrumente

Spottbillige Markenpianos. Gelegenheiten. Lehmann, Klavierbauer, Alexanderstraße 37.

Prachtpianos,
zehnjährige Garantie, 600,—. Gebrauchte 150,—. Monatsraten 15,—. Reparaturen, Stimmungen. Angerhofers Pianofabrik, Große Frankfurterstraße 48a, Kinchburchgang. *

Tafelpianos,
gute, gebrauchte, ab 150,—. Reparaturen, polieren und modernisieren. Philipp Zint, Brunnenstraße 35. *

Fahrräder

Balloonräder
Riesenauswahl, allerbilligst. Opalchromballon, Diamantballon, Gazelleballon, Wandererballon, Expreßballon, Multiplexballon, Monopolballon, Wittlerballon, Brennaborballon. Teilzahlung 10,— monatlich. Spezialballon 32,—, 45,—, Schlawe, Weinmeisterstraße vier.

Kaufgesuche

Zahnarztbälle,
Platinabälle, Quecksilber, Ammoniaks, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 39. Haltestelle Adalbertstraße.

Verschiedenes

Ihr Schneider
60,—
78,—
85,—
Maß-
Anzug, -Mäntel, Monatsrate 8,—. Berolina 2654. *

Maßanzug,
Maßmantel, ab 80,—. Monatsrate 10,—. Berolina 2387.

VORANZEIGE!
Demnächst erscheint im Verlag J. H. W. DIETZ NACHFL., Berlin
Preußen contra Reich
vor dem Staatsgerichtshof, vom 10. bis 17. Oktober 1932
Einzig authentischer Stenogrammbericht der Verhandlungen
Mit einem Vorwort des Ministerialdirektors DR. BRECHT
Lexikonformat. Vornehmer Ganzleinen-Einband mit Goldfolio. Etwa 30 Bogen. Regulärer Preis RM. 15.00.
Subskriptionspreis RM. 12.50
Ein Quellen- und Urkundenwerk von außerordentlich wichtiger und historischer Bedeutung, das in keinem Büro der Behörden, Universitäten, Archive, Parteien, Organisationen fehlen darf. — Auslieferung Mitte Dezember. — Schluß der Subskription 1. Dezember 1932. Vorbestellungen zum Subskriptionspreis nimmt entgegen die Buchhandlung:
J. H. W. Dietz Nachfl., GmbH., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

UNSER NEUES KREDITSYSTEM
24 RM., und eine Klein-Mercedes steht zu Ihrer Verfügung
Prospekt 1306 mit ausführlichen Informationen kostenlos
Mercedes Büromaschinen-Werke A.-G.
Zella-Mehlis in Thüringen